

Politische Berichte ★

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik.

Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis 2,00 DM. Jahresabo: 65 DM, ermäßigtes Abo: 39 DM, Förderabo 78 DM

Redaktionsanschrift

GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zöllicher Straße 7, 50674 Köln.

Telefon: 0221/21 1658, Fax: 0221/21 5373

Nummer 10/15. Jahrgang

20. Mai 1994

G 7756 D Preis 2,00 DM

Südafrika nach den Wahlen

Helga Humbach über die schweren Aufgaben nach dem Wahlsieg des ANC

Der „Tag wie kein anderer zuvor“ ist vorüber. Mehr als 23 Millionen SüdafrikanerInnen haben gewählt. Die meisten hatten zum ersten Mal in ihrem Leben die Möglichkeit, mit ihrer Stimmabgabe darüber zu entscheiden, wer ihre Interessen im künftigen Parlament und in der Regierung wahrhaben soll.

An den 62,5 Prozent Ja-Stimmen für den African National Congress (ANC) war höchstens erstaunlich, daß die Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde.

Die Nationalpartei (NP) des bisherigen Staatspräsidenten de Klerk kam auf 20,4 Prozent, und Buthelezi Inkatha-Freiheits-Partei kam auf 10,5 Prozent. Damit teilen diese drei Parteien die Ministerämter unter sich auf, da keine andere der 19 landesweit kandidierenden Parteien die Fünf-Prozent-Hürde überschritten hatte.

Im Parlament ergibt sich folgende Sitzverteilung: ANC = 252 Sitze, NP = 82, IFP = 43. Die rechte (weiße) „Freiheitsfront“ erreichte mit 2,2 Prozent neun Mandate, die liberale Demokratische Partei sieben (1,7 Prozent), der Pan Africanist Congress of Azania (PAC) mit 1,2 Prozent fünf Sitze und die Afrikanische Christdemokratische Partei zwei Sitze.

Im Parlament der bevölkerungsreichsten Provinz mit den Städten Johannesburg und Pretoria („PWV“-Region) besetzten der ANC 50 und die NP 21 von 86 Sitzen. Die IFP errang in ihrer Stammesprovinz KwaZulu 41 der 81 Sitze. Hier folgen der ANC mit 26 und die NP mit neun Sitzen. Die reiche Provinz Westkap mit der Hauptstadt Kapstadt, vorwiegend von Weißen und „Coloured“ bewohnt, ging mit 23 von 42 Sitzen an die NP. Der ANC kam mit 14 Sitzen auf den zweiten Platz. In der größten, aber gering bevölkerten Wüstenprovinz Nord-Kap liegt der ANC mit 15 (von 30) Sitzen knapp vor der NP (12). Der ANC regiert künftig auch die Industrie- und Landwirtschaftsprovinz Ost-Kap (48 von 56 Sitzen), die Farm-Provinz Oranje-Freistaat (24 von 30 Sitzen), die Region Nordwest (26 von 30 Sitzen) und die Provinz Nord-Transvaal (38 von 40 Sitzen).

Staatspräsident wurde Nelson Mandela. Seine Vizepräsidenten sind der Wirtschaftsexperte Thabo Mbeki (ANC) und der bisherige Staatspräsident de Klerk (NP). Innenminister wurde der Vorsitzende der IFP, Mangosuthu Buthelezi. Die IFP besetzt zwei weitere Ministerposten (Kunst, Kultur, Wissenschaft und Technik sowie Gefängniswesen und Strafvollzug). Sechs Minister stellt die Nationalpartei. Unter ihnen bleibt Derek Keys weiter für Finanzen zuständig. Der bisherige Verhandlungsführer der NP, Roelf Meyer, ist für Provinzangelegenheiten und Verfassungsentwicklung verantwortlich. Ex-Außen-

minister Pik Botha kümmert sich künftig um Bodenschätze und Energie.

Mit der Bildung der auf fünf Jahre gewählten „(Übergangs-)Regierung der Nationalen Einheit“ ist formal der Höhepunkt der Wandlung Südafrikas von einem – von der internationalen Gemeinschaft in offiziellen UNO-Resolutionen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit geächteten – Apartheidstaat zu einem demokratischen Staatswesen erreicht. Der tatsächliche Wandel in der täglichen Praxis muß die Tragfähigkeit der erzielten Vereinbarungen über demokratische Spielregeln beweisen.

Und das muß schnell gehen. Nur wenn es der Regierung gelingt, die Lebensbedingungen der 30 Millionen Schwarzen rasch und nachhaltig zu verbessern, wird es zur Befriedung kommen. Vordringlich sind die Schaffung von Arbeitsplätzen, der Wohnungsbau, ein gleichberechtigtes und effizientes Erziehungswesen, die Sicherstellung bzw.

Schaffung einer flächendeckenden Versorgung mit kommunalen Dienstleistungen wie Wasser, Strom und Abfallbeseitigung, eine Landreform und ausreichende Gesundheitsversorgung und ein funktionierendes Transportwesen.

Dies sind auch die Schlüsselpositionen in dem „Programm für Wiederaufbau und Entwicklung“, das vom ANC als eine Art Regierungsprogramm entwickelt wurde. Als erstes Ziel wird der Bau von einer Million Wohnungen und die Elektrifizierung von 2,5 Millionen Wohnungen in den nächsten fünf Jahren anvisiert.

Dieses und andere Ziele werden angesichts der schlechten Wirtschaftslage, verursacht durch mangelnde Konkurrenzfähigkeit infolge v.a. einer unterentwickelten Weiterverarbeitungsin-
dustrie, Mißmanagement und Korruption, nicht leicht zu erreichen sein. Daher appellierte Nelson Mandela bereits im Wahlkampf, aber auch in der Rede zu seiner Vereidigung an die Hilfe und So-



lidarität der internationalen Gemeinschaft. Dringend benötigt werden Investitionen, Kredite, Hilfsprogramme, aber auch moralische Unterstützung, z.B. von UNO oder EU. Gebraucht wird aber auch praktische Solidarität, z.B. bei uns die Regierung an die in der Vergangenheit gegebenen Zusagen nachdrücklich zu erinnern.

Helga Humbach ist Mitarbeiterin im Bonner ANC-Büro.

LÜBECKER APPELL

„Alle Nazi-Parteien endlich verbieten!“

Es war die nahezu einmütige Forderung aller TeilnehmerInnen der Kundgebung nach dem Synagogenbrand in Lübeck am 26.3.: Alle faschistischen Organisationen müssen endlich verboten werden. Um diese Forderung zu unterstützen und zu verbreitern, hat das Lübecker Bündnis gegen Rassismus den „Lübecker Appell“ ins Leben gerufen. Zu den UnterzeichnerInnen gehören inzwischen auch Prominente wie die jüdischen SchriftstellerInnen Ralph Giordano oder Peggy Parnas. In der neuesten Ausgabe der Lübecker „Antifaschistischen Zeitung“ beschäftigt sich ein Artikel mit der Funktion des Appells, den wir in Auszügen dokumentieren.

Warum Unterschriftenliste?

Das Mittel der Unterschriftenliste ist nicht unumstritten. Leicht gerät es in den Geruch des kraftlosen Appells an die Obrigkeit, von der man sich die Regelung aller Probleme erhofft. Weiterer, ernst zu nehmender Einwand ist, daß es mitunter geradezu eine Inflation von Unterschriftenlisten gibt und so der Eindruck entsteht, als sei diese Aktionsform nur gewählt worden, weil einem partout nichts anderes eingefallen ist.

Wir haben diese Bedenken vor dem Start des Lübecker Appells ernsthaft geprüft und uns entschlossen, in dieser speziellen Situation dennoch zum Mittel der Unterschriftensammlung zu

Wir sind betroffen, entsetzt und wütend über den Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge am 25.3.94. Lübeck ist wie zuvor Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Solingen zu einem Symbol für den faschistischen Terror in Deutschland geworden. Wir wollen, daß Lübeck auch Symbol wird für einen Wendepunkt, jetzt endlich mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus ernst zu machen.

Das Zeigen von Betroffenheit reicht allein nicht aus. Wir müssen und wir werden alle unsere Kraft einsetzen, das Aufkommen eines neuen Faschismus in Deutschland zu beenden. Wir verlangen auch von allen politisch Verantwortlichen: Jetzt muß endlich gehandelt werden! Hinter den Tätern stehen die geistigen Brandstifter in den faschistischen Parteien, die mit ihrer Propaganda die Saat für immer neuen Haß und immer neue Gewalt legen. Wir fordern daher, daß alle faschistischen Organisationen – insbesondere die „Republikaner“, die DVU, die NPD, die Deutsche Liga und die FAP – sofort verboten und konsequent zerschlagen werden müssen. Jede rassistische und antisemitische Propaganda ist zu unterbinden und unter Strafe zu stellen. Die Verwendung des Rassismus als Wahlkampfmunition muß endlich aufhören! Politikerinnen und Politiker dürfen nicht länger mit Stammtischparolen auf Stimmenfang gehen. Nur der konsequente Einsatz für eine Gesellschaft, in der alle EinwohnerInnen des Landes – gleich welcher Religion, gleich welcher Herkunft und Hautfarbe, gleich ob behindert oder nicht, ob Männer oder Frauen – sicher und mit gleichen Rechten leben können, wird Rassismus und Antisemitismus dauerhaft zurückdrängen können. Dafür wollen wir uns einsetzen.

greifen – und zwar nicht aus Verlegenheit, sondern weil wir uns davon einen positiven Schub für die antifaschistische Bewegung erhoffen. (...)

Die Funktion des Appells

(...) Die zweite wichtige Funktion des Appells ist, daß er ein Mittel zur Verbreiterung der politischen Auseinandersetzung und zur Bewußtseinsbildung mit dem Thema Rechtsextremismus und seiner Bekämpfung ist. (...)

Lübecker Appell bundesweit?

Zur Zeit laufen Bemühungen, den Lübecker Appell auch über die Stadtgrenzen hinaus zu verbreiten. Wir haben dazu ca. 150 Adressen in der ganzen BRD

angeschrieben (...) Ob sich weitere Kräfte in den Appell einschalten, ist noch ungewiß – nicht zuletzt, weil weite Teile der autonomen Antifa-Gruppen der Verbotsforderung kritisch gegenüberstehen, da sie einen folgenlosen Appell an staatliche Institutionen befürchten, der letztlich nur Illusionen in einen vermeintlich antifaschistischen Charakter des Staates nähren könnte. Wir glauben, daß dadurch, wie wir diese Kampagne führen, diese Gefahr gering ist – doch ob dies auch von anderen so eingeschätzt wird, bleibt abzuwarten.

Lübecker Bündnis gegen Rassismus,
Auf der Wallhalbinsel 27,
23554 Lübeck.

Das dicke Ende kommt am Schluß

Dr. Dagmar Enkelmann (PDS) zur Privatfinanzierung von Bundesfernstraßen-Baumaßnahmen

Angesichts der von der Koalition zu verantwortenden und sich permanent verschärfenden Finanzmiserie der öffentlichen Haushalte sehen viele Politikerinnen und Politiker in der Privatisierung bzw. Zuführung privaten Kapitals das Allheilmittel. Daß dabei nach dem Prinzip „Nach uns die Sintflut“ verfahren wird, macht nur die Kurzsichtigkeit einer Politik deutlich, die einzig auf Legislaturperioden abzielt. Verheerend wirkt sich hier aus, daß weit verbreitet eine ausschließlich positive Sicht auf Privates (effektiv, leistungsstark) sowie eine negative auf Öffentliches (inflexibel, bürokratisch, verschuldet) existiert. Vorhandene Ineffizienz in der Privatwirtschaft wird schlichtweg ignoriert.

Wichtiger ist jedoch, daß öffentliche Unternehmen spezifische, eben öffentliche Aufgaben zu erbringen haben, bei denen im Sinne einer Daseinsvorsorge Gewinn nicht das Hauptziel des Wirtschaftens sein darf. Ja, wirtschaftliche Defizite sind — abgeleitet aus der Aufgabenstellung — oftmals unvermeidbar (z.B. beim ÖPNV), sie können aber im Gesamthaushalt ausgeglichen bzw. kompensiert werden. Der Vorzug einer direkten Einflußnahme und Kontrolle durch den öffentlichen Träger ergibt sich auch angesichts einer möglichen Berücksichtigung sozialer und ökologischer Faktoren. Selbstverständlich erfordert das allerdings eine größere Transparenz nach außen, denn von den

Folgen ist die Öffentlichkeit und sind jede einzelne Bürgerin und jeder einzelne Bürger über die Erhebung von Gebühren, Tarifen usw. betroffen.

Mit der Zustimmung zur Privatfinanzierung von Bundesfernstraßen-Baumaßnahmen jedoch werden oben genannte Grundsätze unterlaufen. Die Argumente der Befürworter sind nach einfachem Muster gestrickt: Die Kassen der öffentlichen Haushalte sind leer, der zunehmende Verkehr und die Wirtschaft brauchen aber neue Straßen, also muß privates Kapital her. Hinzu kommt, daß erneut der große und unbestrittene Nachholbedarf des Ostens herhalten muß, obwohl sämtliche bislang vorgesehenen Projekte in den alten Bundesländern liegen. Von Neuorientierung oder gar einem ökologisch integrierten Gesamtverkehrskonzept, das weitgehend auf Straßenneubau verzichtet, keine Spur.

Die Privatfinanzierung von zwölf Straßenvorhaben mit einem Baukostenvolumen von 3,9 Mrd. DM stößt v.a. auf haushalts-, finanzpolitische sowie ernsthafte verfassungsrechtliche Bedenken. Das derzeit bevorzugte Konzessionsmodell (Errichtung und Finanzierung erfolgen privat, die öffentliche Hand bezahlt ein Leistungsentgelt, nach Ablauf des Vertrages geht das Projekt in uneingeschränktes Eigentum der öffentlichen Hand über), ist eine „Mogelpackung“. Die Kosten und Lasten werden lediglich auf zukünftige

Haushalte verschoben. Sie erfordern zwingend zusätzliche Kreditaufnahmen oder entsprechende Abgabenerhöhungen. Da die Kommunen größtenteils schon heute hoffnungslos überschuldet sind (1995 werden ca. 19% des Steueraufkommens der Gebietskörperschaften für Folgekosten der Staatsverschuldung beansprucht), ist eine Umverteilung zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger vorhersehbar. Zu berücksichtigen ist dabei, daß in das zu zahlende Leistungsentgelt auch Bau-, Kreditzinsen sowie der Gewinn des privaten Investors eingehen. Die Gesamtrechnung wird also am Ende deutlich höher ausfallen als bei einer öffentlichen Finanzierung. Konkrete Wirtschaftlichkeitsberechnungen für die einzelnen Projekte stehen bis heute aus oder werden wohlweislich unter der Decke gehalten.

Verfassungsrechtliche Bedenken ergeben sich insbesondere in Bezug auf den Grundsatz der Vollständigkeit des Haushalts. Alle Einnahmen und Ausgaben müssen umfassend im Haushalt Berücksichtigung finden. Da bei der vorgesehenen Privatfinanzierung Ausgaben erst in einigen Jahren wirksam werden, müßten dennoch entsprechende Verpflichtungsermächtigungen erfolgen. Das passiert nur bezogen auf einige Projekte, und auch dort nur unzureichend. Sämtliche Einwände der Expertinnen und Experten werden vom Tisch gekehrt — was rechtlich und nötig ist, entscheidet die Mehrheit.

Die SPD vollführt erneut einen Eiertanz. Während die Verkehrspolitik der SPD im Bundestag die Privatfinanzierung ablehnen, forderten ihre Haushaltspolitiker die Erhöhung der Zahl von sechs auf zwölf Projekte und stießen bei der Koalition auf offene Ohren. Zuspruch fanden die Pläne der Regierungskoalition aber auch bei dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten und Kanzlerkandidaten der SPD Scharping sowie beim Ministerpräsidenten des Saarlands Lafontaine, die sich eine Privatfinanzierung gut vorstellen könnten und ihre konkreten Wünsche angemeldet haben. In Anbetracht dieser großen Koalition dürften die weitergehenden Vorhaben von Waigel kaum Protest hervorrufen. Er hatte sich Anfang Mai vor der bayerischen Bauindustrie für eine Vollprivatisierung mit Gebührenhoheit des Betreibers ausgesprochen. Mit Wegezoll zurück ins Mittelalter? Der Unterschied besteht nur darin, daß die modernen Straßenräuber mit elektronischer Gebührenerhebung und Chipkarte daherkommen.

Es ist höchste Zeit, daß das gesamte Haushaltskonzept auf den Tisch kommt. Einnahmen und Ausgaben in allen Ressorts müssen gründlich überprüft und das Steuersystem vereinfacht, vor allem aber sozial gerechter gestaltet werden.

Dr. Dagmar Enkelmann (MdB) ist verkehrspolitische Sprecherin der PDS/LL.

AKTUELL IN BONN

Wg. Knete: „Ursprungslandprinzip“

Bundesregierung und Kapitalistenverbände wollen eine Umverteilung des Steueraufkommens in der EG zugunsten der BRD zu erzwingen. Das haben Regierungs- und BDI-Sprecher auf einer Tagung des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) Anfang Mai bekräftigt. Konkret: Bei der Mehrwertsteuer gilt bisher: Der Endverbraucher zahlt, also bleibt das Steueraufkommen auch im Verbrauchsland. Die BRD dagegen will hier das „Ursprungslandprinzip“ einführen. Das bedeutet: Die Endverbraucher zahlen weiter, aber ihre Steuer fließt ins Ursprungsland der Ware! Da die BRD in die EG erheblich mehr Waren exportiert als importiert, stiege das BRD-Steueraufkommen infolge dieses famosen neuen „Steuerprinzips“ erheblich — bei Exportüberschüssen von 1993 fast 40 Mrd. DM um 6 bis 7 Mrd. DM!

Verbrechensgesetz wg. Magdeburg?

Nach den Ausschreitungen und Hetzjagden gegen Ausländer in Magdeburg verbreiten die Regierungsparteien und Medien genüßlich die Meldung von den angeblich „tatenlos zusehenden Bürgern“. Zu welchem Zweck wohl? Kanzleramtsminister Bohl jedenfalls nutzte die Gelegenheit, um „schärfere Gesetze“ zu verlangen. Die SPD müsse jetzt endlich dem „Verbrechensbekämpfungsgesetz“ der Regierung zustimmen. Das Gesetz kommt Ende Mai in die letzte Lesung und dann in den Bundesrat. Mit der Bekämpfung faschistischer Gewalt hat das Gesetz aber nichts, mit der Legalisierung von Lauschangriffen durch Geheimdienste, Präventivhaft gegen Ausländer und ähnlichen Staatsvollmachten dagegen um so mehr zu tun. Bündnis 90 / Grüne, PDS, Strafver-

teidiger u. a. lehnen das Gesetz deshalb zu Recht ab.

Bildung: mehr Geld für „Elite“

Der neue Bildungsminister Laermann versucht kurz vor den Wahlen, noch Stimmung für mehr „Eliteförderung“ zu machen. Der Elitebegriff müsse „vom Muff früherer Jahrzehnte befreit werden“. Für die Breitenförderung (BaföG) würden jährlich rd. 3 Mrd. DM ausgegeben, für die „Begabtenförderung“ dagegen nur 100 Millionen DM. Was Laermann wohl mit dem „Muff früherer Jahrzehnte“ meint — etwa die beiden Weltkriege, die frühere deutsche „Eliten“ dieser Welt angetan haben?

Bonn blockiert EG-Sozialstandards

Die wenigen EG-Sozialrichtlinien, die die EG-Kommission und die Ministeräte vorlegen, werden von den Regierungsparteien noch blockiert. Bei mindestens elf sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Richtlinien seien die Termine bereits überschritten, teilte DGB-Vizevorsitzende Engelen-Kefer mit. So liegt eine EG-Arbeitsschutzrahmenrichtlinie seit dem 1. Januar 1993 auf Eis. FDP und CSU wollten die Richtlinie zu Fall bringen. Eine Bausicherheitsrichtlinie soll sogar aufgehoben werden, weil sie die Baukapitalisten beim Geschäftemachen behindere. Auch eine Richtlinie zur Teilzeitarbeit, die die Arbeitgeber zwingt, die Beschäftigten über ihre sowieso minimalen Arbeits- und Sozialrechte zu unterrichten, werde blockiert.

Die Junker kommen

Großgrundbesitzer, die auf dem Gebiet der ehemaligen DDR in den Jahren 1945 bis 1949 enteignet wurden, sollen nun doch die Möglichkeit erhalten, ihre Län-

dereien und Güter wieder zu erwerben. Dies widerspricht zwar dem 1990 geschlossenen „4 plus 2“-Vertrag. So steht es jedoch im neu veränderten Entwurf für ein neues „Entschädigungs- und Ausgleichsgesetz“. Ein erster Entwurf wurde Ende 1993 vorgelegt. Er sah „nur“ finanzielle Entschädigungen für „Alteigentümer“ in der Ex-DDR in Höhe von 11 Milliarden Mark vor. Ein neuer Entwurf, der noch im Mai in 3. Lesung den Bundestag passieren soll, sieht die Möglichkeit zum Rückerwerb solcher Güter vor. Die „Alteigentümer“ müßten dabei nur die Hälfte des Verkehrswerts bezahlen. Hieraus soll eine weitere Milliarde Mark an Belastungen resultieren.

Ost-Vertriebene: 200 000 x 4 000 DM

Jeder Vertriebene in den neuen Bundesländern soll 4 000 Mark bekommen. So lautet eine Thüringer Gesetzesinitiative im Bundesrat, die bereits die Zustimmung der Bonner Koalitionsparteien hat. Im Osten kursieren bereits Hunderttausende Antragsformulare. Erwartet wird, daß 200 000 Vertriebenen je 4 000 Mark zu zahlen sein werden. Macht 0,8 Milliarden Mark weitere Steuergelder. Die Auszahlungen sollen noch 1994 „für die Ältesten“ beginnen. Wie es der Zufall will, sollen die ersten Gelder vor der Bundestagswahl fließen.

Lufthansa: Privatisierungszuschuß

In den vergangenen Monaten war die Privatisierung der noch staatlichen Lufthansa ins Stocken geraten. Grund waren die hohen Pensionsverpflichtungen des Unternehmens. Anfang Mai erklärte sich die Bonner Regierung zu einer Regelung bereit, bei welcher der Bund in den kommenden Jahren 1,5 Milliarden Mark an die Lufthansa direkt

zahlt und eine Bürgschaft von weiteren 1,1 Milliarden Mark leistet. Bonn übernimmt damit faktisch diese Pensionsverpflichtungen und erleichtert mit einer massiven Finanzspritze die Privatisierung. Jetzt soll es noch 1994 zu einer Kapitalerhöhung bei der Lufthansa kommen, an welcher sich Bonn nicht mehr beteiligt. Damit sinkt der Staatsanteil unter 50 Prozent.

Hermes: neue Defizite

Die Risiken, die der Bund mit seinen Ausfuhrbürgschaften („Hermes-Dekung“) übernimmt, sind sprunghaft gestiegen. Das diesbezügliche Kassendefizit des Bundes lag 1993 bei 5,7 Milliarden Mark. Diese Defizite sind einerseits Schmiermittel für risikoreiche Exporte der Privatwirtschaft. Andererseits resultieren aus ihnen staatliche Forderungen an andere Staaten. Nach dem Bericht des Bundesfinanzministeriums vereint die ehemalige UdSSR bei der Addition von aufgelaufenen Krediten aus Ausfuhrgeschäften, ungebundenen staatlichen Finanzkrediten und Kapitalanlagen 25,6 Mrd. DM auf sich, das „neue Rußland“ kommt hier bereits auf zusätzliche 8,6 Mrd. DM. Damit stehen UdSSR / Rußland weit an der Spitze, gefolgt von Brasilien (9,6) und Iran (9,4 Mrd. DM).

Was kommt demnächst?

Am 18. 5. berät der Bundestag über die Strafbarkeit der Leugnung des NS-Völkermordes. Am 19. 5. ist letzte Lesung des Fernstraßen-Privatisierungsgesetzes im Bundestag, am 20. 5. letzte Lesung des Ausländerzentralregister- und des Verbrechensbekämpfungsgesetzes. Am 23. 5. ist Bundespräsidentenwahl, am 12. 6. sind Europawahlen und Kommunalwahlen in sieben Bundesländern.



Herrentage in Magdeburg

Von Ulla Jelpke

Die Sachlage: 60 Neonazisten machen in Magdeburg am Herrentag 1994 Menschenjagd auf fünf Asylsuchende durch die Innenstadt. Die Asylsuchenden, fünf Schwarzafrikaner flüchten in ein Eiscafé, in dem vorwiegend Türken arbeiten. Die Türken sind die ersten, die den Asylsuchenden Hilfe gewähren. Die Neonazisten, deren Anzahl im Verlauf der Angriffe auf 150 anwächst, greifen auch das Eiscafé an. Es kommt zu einer Messerstecherei, in deren Verlauf mehrere Neonazisten, aber auch Ausländer verletzt werden. Die Polizei greift laut Augenzeugenberichten erst nach 20 Minuten ein — also erst, nachdem alles vorbei war.

Die Neonazisten können weiter durch Magdeburg ziehen, und es kommt zu weiteren Auseinandersetzungen. Die Polizei zeigt sich völlig überrascht, überfordert und unvorbereitet. Einsatzkräfte seien nicht vorhanden gewesen oder an anderen Orten durch „normale Vortagslägerereien“ gebunden gewesen. Ein Dokumentationstrupp hätte nicht zur Verfügung gestanden. Die Polizei hätte — nach eigenen Angaben — keine Fehler begangen und habe keine Hinweise im Vorfeld auf Aktionen der Rechtsextremisten gehabt.

Nach Angaben von Journalisten kümmerte sich die Polizei mehr um die Entwaffnung der Angegriffenen, als daß sie gegen die neonazistischen Täter vorgeht. Nach Zeugenaussagen wurde ein Ausländer von einem Polizisten zu Boden geworfen und gefesselt; Neonazisten hätten danach den Mann weiter traktieren können. Andere Zeugen berichten, daß Polizisten protestierende Ausländer mit in die Höhe gerecktem Mittelfinger verhöhnten und damit ihre Sympathie mit den Neonazisten signalisierten. Unter diesen Umständen konnten 150 Neonazisten stundenlang die Straßen beherrschen.

Die Polizei nimmt 49 Personen fest, darunter 14 Ausländer. Alle wurden von der Polizei wieder auf freien Fuß gelassen. Das erste Ermittlungsverfahren wurde gegen einen Ausländer wegen „übertriebener Notwehr“ eingeleitet. Die Polizei hat die Staatsanwaltschaft angeblich über die Vorfälle und den Einsatz nicht informiert. Die Staatsanwaltschaft will erst aus den Medien von den Vorkommnissen erfahren haben.

Die Begleitmusik

Entsprechend diesem polizeilichen Einsatz waren die ersten Verlautbarungen der Verantwortlichen an Schabigheit und Kaltschnäuzigkeit nicht zu überbieten. Magdeburgs Oberbürgermeister Polte sprach von „bedauerlichen Übergriffen“, warnte aber noch viel eindringlicher davor, diese überzubewerten (*Neues Deutschland*, 14.5.1994). Der Chef des Ordnungsamtes, Peter Thoma, wollte die „Übergriffe“ „nicht hochstilisieren“ und erklärte sie kur-

zerhand zu „Randerscheinungen“ (*taz*, 14.5.1994). Damit gab er der stundenlangen Jagd auf Ausländer den politischen Stellenwert, den sie für die politisch Verantwortlichen — nicht nur in Magdeburg — haben.

Sachsen-Anhalts Innen- und Justizminister Walter Remmers (CDU), altgedienter Innenpolitiker, weiß es sofort und gab den Neonazisten vorsichtshalber schon mal Rückendeckung: Er „sprach den Krawallen einen gezielten politischen Hintergrund“ ab (*SZ*, 14.5.1994). Ganz soweit wollte Magdeburgs Polizeipräsident Antonius Stockmann nicht gehen; „eine Tendenz gegen Ausländer“ als Hintergrund der Überfälle wollte er nicht ausschließen. Dafür brillierte er mit der „schärferen Ursachenanalyse“: „Sonne und Alkohol“ spielten eine größere Rolle (*Focus*, 16.5.1994). Die *Süddeutsche Zeitung* weiß gar von einem führenden CDU-Politiker zu berichten, der zur „Ursache für die Ausschreitungen die Ausländerkriminalität“ erklärt habe (*SZ*, 16.5.1994).

Die ganze menschenverachtende Brutalität dieser Ausführungen, bei denen man Ausflüchte von offenen Lügen kaum noch unterscheiden kann, wird in ihrer ganzen Tragweite erst vor dem tatsächlichen Hintergrund des Geschehens sichtbar.

Der Hintergrund

Nicht nur laut Magdeburgs Polizeipräsident, sondern auch nach Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Christoph Bergner (CDU) habe die Polizei angeblich keine Hinweise darauf gehabt, „daß sich Neonazis zusammenrotten würden“ (*FR*, 14.5.1994). Doch diese Erklärung für die Untätigkeit der Poli-

zei hielt nicht lange stand. Die *Frankfurter Rundschau* erfuhr aus Polizeikreisen, daß die Neonazis „durchaus organisiert“ waren, mit CB-Funk arbeiteten und den Polizeifunk abhörten (ebenda). Schon vorher hatte das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) davor gewarnt, daß das neonazistische Gewaltpotential „besorgniserregend hoch“ sei. Ferner war bekannt, daß in der Nähe von Magdeburg ein Zeltlager mit 100 Neonazisten stattfinden wird. Skins hatten Punks schon am Sonntag vorher gewarnt, daß sie am Sonntag Hatz auf Linke machen würden.

In Journalistenkreisen verbreitete sich schon unmittelbar nach den Faschistenüberfällen das Gerücht, daß das LfV die Polizei vorher gewarnt habe (*taz*, 16.5.1994). Am Montag, vier Tage nach den Überfällen, erklärte der Präsident des LfV, Heidelberg, öffentlich im Fernsehen, daß das Landesamt die Polizei am Vorabend des Herrentages sehr konkret darüber informiert habe, daß ca. 20 Angehörige der Neonazisten-Szene Linke überfallen wollten (*RTL-Nachrichten*, 16.5.1994). Remmers trat daraufhin mit einer enthüllenden Erklärung an die Öffentlichkeit: „Eine Fehleinschätzung könne der Polizei nicht vorgeworfen werden“, da die Angaben des LfV „etwas vage“ gewesen seien; entgegen deren „Andeutungen“ sei es ja „nicht zu Ausschreitungen zwischen Linken und Rechten gekommen“ (*taz*, 17.5.1994). Das heißt also, daß Remmers eindeutig bestätigt, daß die Polizei sehr wohl auf die Ereignisse vorbereitet war.

Fakt ist also: Die Signale für faschistische Aktionen waren nur mit allergrößter Anstrengung zu übersehen. Selbst zögerlichste Polizeiführer und

Verantwortliche hätten spätestens am Vorabend alle erdenklichen Schritte einleiten können, um den Neonazis präventiv den Handlungsspielraum einzuschränken. Wer sehen wollte, konnte spätestens eine Woche vor den Ereignissen Signale wahrnehmen. Spätestens jedoch am Vorabend hätten die Verantwortlichen alle erdenklichen Schritte einleiten können, um durch entsprechende Präsenz präventiv Maßnahmen gegen die Neonazisten zu ergreifen. Interessanter als die Frage nach den Doku-Trupps, die jetzt aller Orten in den Vordergrund geschoben wird, ist die Frage, wer dafür gesorgt, daß präventive Maßnahmen unterlassen wurden.

Man darf sicher sein, daß die neonazistischen Täter die Signale verstanden haben. Die angebliche „Beweisnot“, die zur sofortigen Freilassung der neonazistischen Gewalttäter führte, ist da nur noch die Fortsetzung eines Polizeieinsatzes, der im Grunde ein Vorgehen gegen die Neonazisten verweigerte. Vor diesem Hintergrund nach neuen Gesetzesverschärfungen zu rufen, was inzwischen selbst bei Bündnis 90/Die Grünen anklingt, geht genauso am Kern des Problems vorbei wie das Gejammer über fehlende Einsatzkräfte. Was fehlt, ist der politische Wille der Verantwortlichen, gegen die Neonazisten vorzugehen. Bis zum alltäglichen praktischen Beweis des Gegenteils muß man deshalb davon ausgehen, daß es erwünscht ist, AusländerInnen geduckt leben zu lassen und gelegentlich den Feiertagsvergnügen des rechten Mobs auszuliefern: Herrenmenschen wollen Herrentage erleben.

Ulla Jelpke (MdB) ist innenpolitische Sprecherin der PDS/LL im Bundestag.

DOKUMENTIERT

Die „Kritischen Polizisten“: „Fatale Nachlässigkeit“

Die BAG verurteilt das Verhalten der Polizeileitung in Magdeburg im Zusammenhang mit den rechtsextremistischen Ausschreitungen vom 12.5.94 und den verharmlosenden Äußerungen des Polizeipräsidenten Antonius Stockmann zur Erklärung der Ursache dieser Gewalttaten. Die BAG fordert, daß dieses Versagen der Polizei nun endlich auch deutliche Konsequenzen bei den persönlich Verantwortlichen zur Folge hat!

Es ist bedrückend mitzuerleben, daß Rechtsextremisten in einer neuen Form von extremistischer Qualität wie in den schlimmsten SA-Zeiten in Horden durch eine Stadt ziehen und Jagd auf Menschen machen. Wieder zeigt sich, daß Polizeiführung im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Ausschreitungen versagt hat, weil sie bestehende Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Vergangenheit nicht ernst genommen und umgesetzt hat. Die hundert campierenden Skinheads am Barleber See dürften der Polizei vor den Ausschreitungen nicht entgangen sein; die bereits bestehenden Erkenntnisse bei der Polizei über die Anwesenheit von rechtsextremistischem Gewaltpotential in der Stadt deuten fatale Nachlässigkeiten in der Polizeiführung an, die nur durch die bisherigen Verharmlosungen dieses Potentials innerhalb der Polizei zu erklären sind. Wieder wurde den aus-

ländischen MitbürgerInnen nicht der ihnen zustehende Schutz durch die Polizei gewährleistet und die Straße der Gewalt von Faschisten überlassen.

Es ist beschämend, gerade als Polizist zu hören, wie in unfachmännischer Weise die Entwicklung dieser Ausschreitungen durch den Polizeipräsidenten Antonius Stopckmann auf ein „unglückliches Zusammenwirken von Alkohol und Sonnenschein“ reduziert wird. Diese Äußerung in dieser herausragenden Position ist eine Ohrfeige für die Opfer dieser Ausschreitungen, die sich tagtäglich mit rassistischen Erscheinungsformen auseinandersetzen müssen. Diese Äußerungen zeigen vielmehr Grundeinstellungen innerhalb dieser Polizeiführung, die im Ergebnis zum Versagen der Polizei in diesem Zusammenhang geführt haben. Bei dieser Einschätzung wird das staatliche Gewaltmonopol in Frage gestellt, die braunen Horden erobern die Straße und die Angegriffenen werden zur Selbsthilfe gezwungen.

Es ist erstaunlich, daß trotz dem Vorliegen des Tatbestandes des „schweren Landfriedensbruchs“ die Täter am Abend wieder durch die Polizei in Magdeburg entlassen wurden, ohne daß zuvor die Justiz mit einbezogen wurde. Hier möchten wir daran erinnern, daß in der Vergangenheit bei linksextremen Erscheinungsformen wesentlich

weniger ausgereicht hat, um dem Haftrichter am anderen Tag vorgeführt zu werden. Hier sind eindeutig rechtliche Möglichkeiten durch die Polizei nicht ausgeschöpft worden. In diesem Zusammenhang im selben Atemzug eine Verschärfung der Bestimmungen für die Vereinfachung der Untersuchungshaft zu fordern, ist fatal und nur als ein Ablenken von den Ursachen für das Versagen der Polizei zu sehen.

Das Ansehen der Polizei ist erneut erheblich in der Bevölkerung in Mißkredit geraten, bei unseren ausländischen MitbürgerInnen haben wir weiterhin an Vertrauen verloren. Wir fordern, daß disziplinarische und strafrechtliche Vorschriften konsequent geprüft werden, um die verantwortlichen Beamten innerhalb der Polizei in Magdeburg zur Verantwortung zu ziehen. Für die Bürger in diesem Land muß in diesem Zusammenhang zu erkennen sein, daß mit den Nachlässig- und Unverantwortlichkeiten innerhalb der Polizei nicht zur Tagesordnung übergegangen wird. Wir fordern die parlamentarischen Gremien zur Aufklärung der Hintergründe zu dem Versagen der Polizei in Magdeburg auf.

Winfried Holzinger, Bundessprecher der „Bundesarbeitsgemeinschaft BAG Kritischer Polizistinnen und Polizisten“ (*Hamburger Signal*) e.V., 16.5.94

Die BRD unterstützt weiterhin offen den Völkermord des türkischen Staates in Kurdistan

Serdar Çelik (Özgür Ülke) zur Wiederaufnahme der Waffenlieferungen an die Türkei

Am 4. Mai erklärte der BRD-Außenminister Kinkel, daß die Bundesregierung beschlossen hat, die Waffenlieferungen an den türkischen Staat wieder aufzunehmen. Sie waren am 31. März mit der Begründung, daß die von der BRD gelieferten Waffen vertragswidrig in Kurdistan eingesetzt worden sind, vorübergehend eingestellt worden. Internationale Beobachterdelegationen, darunter auch viele aus der BRD, die zum kurdischen Newroz-Fest und zur Beobachtung der Kommunalwahlen in Kurdistan waren, legten nach ihrer Rückkehr umfassendes Beweismaterial für den Einsatz deutscher Waffen zur Einschüchterung und im Krieg gegen den kurdischen Widerstand und die Zivilbevölkerung durch den türkischen Staat vor. Trotzdem behauptete die Bundesregierung, sie müsse alles erst „prüfen“, und begründete die „vorübergehende“ Dauer ihres Rüstungslieferungsstopps damit, daß es nicht gesichert nachgewiesen sei, daß die deutschen Waffen auch gegen die kurdische Zivilbevölkerung eingesetzt wurden. Schon durch diese dehnbare Begründung ließ die Bundesregierung von Anfang an an der Ernsthaftigkeit ihres Embargobeschlusses Zweifel aufkommen. Es stellt sich also die Frage, was die BRD zu dem fünfwöchigen Waffenlieferungsstop tatsächlich bewogen hatte und was sie damit bezweckte.

Die Türkei darf gemäß NATO-Ver einbarungen die im Rahmen der Militärhilfeprogramme erhaltenen Waffen nur im Verteidigungsfalle gegen einen Angriff einsetzen. Das deutsche Grundgesetz verbietet ebenfalls den Einsatz der Waffen gegen die Zivilbevölkerung.

Der Protest der Türkei gegen den vorübergehenden Waffenlieferungsstop fiel schwächer als erwartet aus. Der türkische Außenminister Hikmet bewertet den Beschluß als Wahlkampfmanöver und log unverschämt: „Die Panzer, die eine Reihe kurdischer Dörfer und Städte, einschließlich Lice, zerstört haben und vielen Kurden den Tod brachten, waren keine deutschen, sondern russische Panzer.“ Abgesehen davon, daß diese Aussage Rückschlüsse auf die Art der Persönlichkeit und den Sadismus dieser Person zuläßt, wird der Unsinn dieser Behauptung klar, wenn man weiß, daß die Türkei nur 30 BTR Panzer aus Rußland gekauft hat, während sie 1992 von der BRD 300 Stück geschenkt bekam.

Waffenembargo zwecks Beruhigung und Täuschung

Warum nahm die Türkei den Embargo-Beschluß der BRD nicht besonders ernst und protestierte kaum dagegen, was sie doch beim letzten Mal sehr heftig getan hatte? Schließlich war es ihre engste Verbündete und Unterstützerin, die erklärt hatte: „Wir gehen gemeinsam gegen die PKK vor“, die nun einen solchen Beschluß gegen sie faßte und im April angeblich auch noch an einem dauerhaften Embargo überlegte.

Die Gruppen der Kurdistan-Solidaritätsbewegung, die Grünen, die PDS und verschiedene andere Gruppen haben eine wirksame oppositionelle Front gegen den Waffenexport an den türkischen Staat gebildet. Sie fordern ein Embargo und auch, daß die schon gelie-

ferten Waffen wieder zurückgeholt werden. Die Nichtreaktion des türkischen Staates auf den vorübergehenden Waffenlieferungsstop spiegelte im Grunde seinen Mißerfolg wider. Denn dieser Beschluß stützte sich nicht nur auf den Vorwurf, daß die Waffen gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wurden. Außenminister Klaus Kinkel stellte die Bedingung, daß die deutschen Waffen auch nicht gegen die PKK eingesetzt werden dürften. Diese Bedingung läßt zweierlei Schlüsse zu: zum einem, daß die BRD-Regierung, obwohl sie die PKK verboten hat, dazu gezwungen ist, faktisch die Legitimität der PKK anzuerkennen, und zum anderen, daß es wohl auch die „engsten Freunde“ des türkischen Staates nicht mehr glauben, wenn jeder von den türkischen Staatskräften ermordete kurdische Mensch automatisch zum „PKK-Militanten“ deklariert wird. Außerdem zeigte der vorübergehende Waffenlieferungsstop, selbst wenn er nicht ganz ernstzunehmen war, wie leicht die Türkei von ihren Unterstützerstaaten fallengelassen werden kann, wenn es notwendig ist.

Trotz des Waffenlieferungsstopps drängte sich der Verdacht auf, daß zwischen der türkischen und der deutschen Regierung ein geheimes abgekartetes Spiel gespielt wird. Denn die deutsche Regierung, die einerseits zwar die Waffenlieferungen eingestellt hatte, verfolgt auf der anderen Seite die in der BRD lebenden Kurden und Kurdinnen mit aller Macht und versucht, sie zu kriminalisieren.

Das ist ein großer Widerspruch. Ein weiterer Widerspruch ist der Umstand, daß die BRD den Beschluß zur Unterbrechung der Waffenlieferungen angeblich aufgrund der Berichte der Beobachterdelegationen, die in Kurdistan waren, und einer Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen gefaßt haben will. Wußte denn die deutsche Regierung vorher nicht, daß ihre Waffen gegen die Kurden und Kurdinnen eingesetzt werden? Immerhin beobachten die deutsche Regierung, die Parteien und Medien sowie die Öffentlichkeit die Lage in Kurdistan schon länger sehr aufmerksam. Außerdem gab es bereits 1992 schon einmal einen Embargobeschluß der BRD, der jedoch nach sehr kurzer Zeit wieder aufgehoben wurde.

Einer der wichtigsten Gründe, warum wir von Anfang an Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Waffenlieferungsstopps der BRD hatten, ist die Tatsache, daß die Waffen mittlerweile in der Türkei selbst produziert werden. Unter Lizenz der Rüstungskonzerne aus der BRD, den USA und anderen Ländern werden die schweren Waffen und alles von der Türkei benötigte Kriegsmaterial in der Türkei hergestellt. Die entwickelten Länder wie die BRD verkaufen ihre Technik an die von ihnen abhängigen Länder. Sie bauen dort die Fabriken, schicken ihre Experten, schulen qualifizierte Kräfte und verkaufen ihre profitbringende Schlüsseltechnologie. Auf diese Weise lassen sich sowohl die Kosten senken, da die Rohstoffquellen näher liegen und die Arbeitskraft billiger zu kaufen ist, als auch Proteste gegen Waffenexport ausräumen. Wenn die BRD-Regierung tatsächlich ein ernsthaftes Waffenembargo beschließen wollte, müßte sie sich auch zu diesem Punkt etwas einfallen lassen.

Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Waffenlieferungsstopps ließen auch die Probleme beider Regierungen aufkommen. Bekanntlich ist die BRD die engste politische und Handelspartnerin der Türkei. Im Januar 1992 investierten und produzierten bereits 325 deutsche Firmen in der Türkei, inzwischen sind es vermutlich noch viel mehr geworden. Das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern liegt bei jährlich über sieben Milliarden Dollar. Die deutschen Investitionen im Tourismussektor betrugen in den Jahren 1980-1989 6,5 Millionen Dollar. Die 1,2 Millionen deutschen Touristen ließen jährlich zwei Milliarden Dollar Devisen in der Türkei. 24 % der Waffen und des Kriegsmaterials der Türkei stammt aus der BRD oder deutscher Lizenzproduktion. Das bedeutet, daß der Anteil deutscher Rüstungskonzerne am Waffenimport der Türkei, der in den letzten zehn Jahren an die 12 Milliarden Dollar umfaßte, bei vier Milliarden Dollar liegt.

Kurdischer Befreiungskampf behindert BRD-Expansion

Die BRD hat die Türkei nach dem Zusammenbruch der UdSSR als Brückensstaat für die Öffnung der Märkte im Kaukasus und Mittelasien gewählt. Hinter der KEIB (Wirtschaftszusammenschluß der Schwarzmeerländer), die mit der an Industrie sehr armen Türkei große Industrieanlagen aufbauen will, kommen deutsche Firmen zum Vorschein.

Auch hinter der ECO (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit), der neben der Türkei die Länder Iran, Pakistan, Afghanistan, Usbekistan, Kirgistan und Tadschikistan angehören, stecken deutsches Geld und deutsche Interessen.

Der nationale Befreiungskampf Kurdistans stellt ein Hindernis für die Pläne und Interessen der BRD dar, denn er bedeutet für das Kapital Instabilität und hat zur Folge, daß nahezu sämtliche Finanzmittel der Türkei in den Krieg fließen. Die ständige Kritik an den Menschenrechtsverletzungen und der nationalen Zerstörung durch den türkischen Staat bringt vor allem die BRD in Schwierigkeiten.

1993 verstärkte die BRD erneut ihren Pakt mit der Türkei gegen den legitimen Kampf des kurdischen Volkes um Demokratie und nationale Befreiung. Die deutschen Politiker verhielten sich desinteressiert am Waffenstillstand der PKK und nutzten ihren Einfluß auf die Türkei nicht auf positive Weise. Tansu Çiller kam Ende 1993 nach ihrem Washington-Besuch nach Bonn und hat sich ihren Erklärungen zufolge mit der Bundesregierung geeinigt. Am 26. November 1993 erließ das Innenministerium dann in der BRD das PKK-Verbot. Kurdische Vereine und eine kurdische Nachrichtenagentur wurden verboten und eine großangelegte Diffamierungskampagne gegen die Kurden begonnen. Allerdings ging die Rechnung nicht ganz auf, nur Frankreich folgte diesem Weg, und das auch nur halbherzig. Die anderen europäischen Regierungen sowie die demokratischen Gruppen und humanistischen Organisationen in der BRD machten diese Politik nicht mit.

Presseverlautbarungen zufolge sollte die Türkei als Gegenleistung für das PKK-Verbot der BRD „einige Schritte“ zur Lösung der kurdischen Frage unternehmen. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, wie die von der BRD gemeinten „einigen Schritte“ aussehen sollten: die PKK zu zerschlagen, das Volk von seiner Forderung nach nationaler Befreiung abzubringen, mit Hilfe angepaßter kurdischer Kräfte dafür zu sorgen, daß das kurdische Volk mit ein paar Brotkrumen beruhigt wird und die kurdische Frage kein Hindernis mehr für die BRD-Interessen bildet.

Die BRD unternimmt große Anstrengungen in diese Richtung. So rief der deutsche Innenminister, als ob das seine Angelegenheit wäre, die Kurden dazu auf, von der PKK Abstand zu nehmen und gemäßigte kurdische Kräfte zu unterstützen. Er begnügte sich nicht mit einem solchen Appell, sondern versuchte, ihm auch durch massive Drohungen Nachdruck zu verleihen. Allerdings mußte er mit der Zeit die Aussichtslosigkeit seiner Versuche feststellen, denn die Entschlossenheit der Kurden und Kurdinnen in der BRD ging so weit, daß zum Beispiel zwei junge kurdische Frauen ihr Leben für ihren Kampf opferten, indem sie sich in der Öffentlichkeit selbst verbrannten.

Die Türkei handelt ganz anders, als in dem Geheimabkommen zwischen ihr und der BRD vereinbart. Obwohl die Armee alle Vollmachten bekam und der Konterguerillaterror zunahm, verlief der Winter für die türkische Armee ziemlich erfolglos. Die türkische Regierung hob auf Befehl der Militärs die Immunität der kurdischen DEP-Abgeordneten auf und sperrte sie ins Gefängnis, was heftige Proteste der gesamten zivilisierten Welt zur Folge hatte. Ein Konterguerillamord und ein Verbrechen an Aktivisten der legalen demokratischen Opposition jagte den anderen. Die Kommunalwahlen wurden in ein blutiges und betrügerisches Komplott verwandelt, bei dem der türkische Staat die islamisch-fundamentalistischen und radikal-nationalistischen Kräfte stärkte, um den Westen zu erschrecken. Schließlich konnten all die Anstrengungen, die Türkei als ein demokratisches Land darzustellen, nicht mehr überzeugen.

Darüber hinaus ruinierte das türkische Regime auch noch seine Wirtschaft und verabschiedete sich mit seinen Wirtschaftsbeschlüssen endgültig von der Vorstellung einer strukturellen Änderung in Richtung Demokratie, Stabilität und Menschenrechte.

Daher konnte der vorübergehende Waffenlieferungsstop der BRD-Regierung als Reaktion auf den Mißerfolg des türkischen Staates verstanden werden. Denn er hat seine Versprechen nicht erfüllt und mit seiner Politik die BRD-Interessen und Pläne ernsthaft gestört. So konnte dieser Waffenlieferungsstop als Warnung wie auch als Bestrafung der TR bewertet werden.

Gleichzeitig will die BRD-Regierung mit einem vorübergehenden Waffenembargo die von den Beobachterdelegationen, die im März in Kurdistan waren, und von ihren Berichten ausgelösten Proteste in der Öffentlichkeit beruhigen. Die Delegationen sind mit Hunderten von Fotos zurückgekommen, die den unverhohlenen Einsatz deutscher

Waffen in Kurdistan beweisen. Auch wurden die deutschen und anderen ausländischen Delegationsteilnehmer von den türkischen Sicherheitskräften sehr schlecht behandelt und an der Kontaktaufnahme zur Bevölkerung gehindert. Sie wurden in ihren Hotels eingesperrt, ihnen wurden die Pässe abgenommen, ihre Reisefreiheit wurde verletzt, und teilweise wurden sie sogar verprügelt. Die Delegationsteilnehmer — Abgeordnete, Professoren, Journalisten, Kirchenleute, Gewerkschafter und Vertreter und Vertreterinnen vieler anderer Organisationen — wurden von den türkischen Behörden beschuldigt, PKK-Leute und „Terroristen“ zu sein. Dieses Vorgehen der „demokratischen Freunde“ der BRD in der Türkei hat die deutsche Regierung ebenfalls in Schwierigkeiten gebracht.

Ein weiterer Grund für den obskuren fünfwöchigen Waffenlieferungsstop der BRD-Regierung kann auch der Versuch sein, die Proteste der demokratischen deutschen Öffentlichkeit gegen das harte Vorgehen gegen die Kurden und Kurdinnen in der BRD, bei dem sie zu weit gegangen ist, abzuschwächen. Nach dem PKK-Verbot wurden auch eine Reihe von kulturellen kurdischen Veranstaltungen verboten, bei Demonstrationen wurden kurdische Frauen und sogar Kinder niedergeknüppelt, und aus Protest versuchten sich mehrere Kurden und Kurdinnen selbst zu verbrennen, zwei Frauen starben dabei. Diese harte Reaktion des deutschen Staates löste in der gesamten europäischen Öffentlichkeit massive Proteste aus, viele Kreise fühlten sich an die Nazi-Zeit erinnert. Mit dem vorübergehenden Waffenlieferungsstop konnten das negative Image aufge bessert und vielleicht auch mögliche härtere Reaktionen der in der BRD lebenden Kurden und Kurdinnen abgewendet werden.

Der Beschluß zum Rüstungslieferungsstop ist auch ein Gradmesser für die Konsequenz der politischen Parteien und Gruppierungen in der BRD in der kurdischen Frage und ihre eigenen humanitären Prinzipien. Während z.B. die PDS oder die Grünen auf konsequente Weise ein Waffenembargo auf die Tagesordnung gebracht haben und richtigerweise auch die Rückforderung der bereits gelieferten Waffen von der Türkei verlangen, zeigen die Sozialdemokraten wieder einmal ihre traditionelle Doppeltzungigkeit. Nachdem die kurdische Sache heute auf internationaler Ebene schon lange Legitimität erreicht hat und nun endlich eine Lösung anstehen muß, ist ihre Haltung nichts als eine von den Verhältnissen erzwungene unfreiwillige Stellungnahme.

Unterstützung der TR durch die BRD verlängert den Krieg

Zur gleichen Zeit, als der Embargo-Beschluß in der BRD diskutiert wurde, waren Bergkommandos und Spezialteams der türkischen Armee, unterstützt von „Dorfschützern“ und KDP-Peschmergas, gerade dabei, einen Teil Südkurdistan dauerhaft zu besetzen. Es ist kaum vorstellbar, daß die USA und die BRD nichts von dieser türkischen Operation gewußt haben könnten. Durch die Darstellung in der Öffentlichkeit, die BRD habe die Waffenhilfe eingestellt, versucht sie, sich von ihrer Mitverantwortung zu befreien, um nicht für diese mittlerweile von der Volksbefreiungsarmee Kurdistan zum Scheitern gebrachte Besatzungsoperation in Südkurdistan mitverantwortlich gemacht zu werden.

Trotzdem ist ein Embargo gegen die Türkei, egal mit welchen Absichten es angewendet wird, im Endeffekt doch positiv für das kurdische und das türkische Volk. Denn die Unterstützung des

türkischen Staates verlängert den Krieg in Kurdistan, was sowohl zur Folge hat, daß noch mehr Menschen sterben, als auch, daß eine politische Lösung hinausgezögert wird und sämtliche ökonomischen, sozialen und kulturellen Werte des kurdischen und des türkischen Volkes noch mehr zerstört werden.

Der türkische Staat hat in den letzten zehn Jahren 12 Milliarden Dollar für Rüstung ausgegeben, und die türkische Ministerpräsidentin Çiller erklärte, daß 1994 für den Krieg ein Etat von 400 Trillionen TL bereitgestellt werde. Im vergangenen Jahr gab der türkische Staat 200 Trillionen TL für Rüstung und den Sold der „Dorfschützer“ aus. Diese Summe ist doppelt so hoch wie der gesamte Haushalt der Türkei. Deshalb haben die Außenschulden der Türkei auch bereits 70 Milliarden Dollar überschritten. Durch die extreme Abwertung der türkischen Lira und Preiserhöhungen in astronomischer Höhe sowie Einfrieren der Löhne versucht der türkische Staat, seine Kriegskasse zu füllen, denn die Staatskasse ist völlig leergefegt.



Foto: af/mz

Die Bilanz des zehnjährigen Krieges: circa 20000 Tote, über 1000 zerstörte Dörfer und bombardierte Städte, zerstörte Straßen, Brücken und Fabriken, Millionen Flüchtlinge, überfüllte Gefängnisse, unzählige Konterguerillamorde, Arbeitslosigkeit und Hunger.

Wenn die Großmächte, vor allem die BRD, der Türkei keine Waffenhilfe leisten würden, wäre sie auf keinen Fall in der Lage, den Krieg noch längere Zeit weiterzuführen. Wir wollen die Ernsthaftigkeit der BRD bezüglich eines Waffenlieferungsstopps vor allem daran messen, weil ein vorübergehender Rüstungslieferungsstop nicht viel bringt.

Die BRD macht sich damit mitverantwortlich für den Krieg, die Fakten dafür liegen auf dem Tisch. Wir haben natürlich die Erwartung, daß sich der gesunde Menschenverstand durchsetzt und dem Völkerrecht und den Menschenrechten entsprechend gehandelt wird. Das ist nicht viel verlangt, sondern ganz legitim. Aber wenn wir die deutsch-türkischen Beziehungen betrachten, zeigt sich, daß sich die negative Politik der BRD gegen das kurdische Volk nicht so leicht ändern wird.

Andererseits steht dieses Problem heute in der BRD auf der Tagesordnung.

Die Proteste der Presse, demokratischer Politiker, humanitärer und verschiedener anderer Gruppen gegen die BRD-Regierung werden wachsen und ihr ihre Mitschuld ständig ins Gesicht schreiben.

Ein Waffenembargo muß die Lizenzproduktion erfassen!

Ein ernsthaftes Rüstungsembargo darf nicht nur den Waffenexport betreffen, sondern muß auch die in der Türkei produzierten Waffen umfassen!

Die Investitionen auch anderer deutscher Rüstungskonzerne in der Türkei sind immens. HDW, IKL, Thyssen Rheinstahl und Blohm & Voss produzieren seit Jahren auf der Werft in Gölcük Jagdboote. Die deutschen Konzerne Abeking-Rasmussen und Friedrich Lürssen produzieren ebenfalls in Gölcük Kriegsschiffe. Die MTU gründete in Arifiye in Adapazari eine Panzermotorenfabrik unter ihrer Lizenz. Die Tochtergesellschaft der MTU in Istanbul, die „MTU Motor ve Türbin Sanayi ve Ticaret L.S.“, ist mit Wartungs- und Repara-

der türkischen Armee in Kurdistan leisten. Wenn sie nicht ebenfalls unter ein Embargo fallen, ist ein Embargo nicht weiter als Propaganda und hat keinen praktischen Effekt.

Ein Bereich, der im Zusammenhang mit dem Embargo überhaupt nicht angesprochen und diskutiert wurde, ist die Ausbildung der Spezialteams. Die BRD bildet seit Jahren türkische Polizisten aus, und bekanntlich arbeiten die Geheimdienste beider Länder sehr eng zusammen. 1988-1990 gab die BRD drei Millionen DM für die Polizeiausbildung der Türkei aus. In der Folgeperiode 1991-1993 wurde der Etat für Polizeiausbildung und Ausstattung der türkischen Polizei durch die BRD verdoppelt.

Doch der Hauptpunkt, auf den ich hinweisen will, ist die Ausbildung der zur Bekämpfung der PKK gegründeten Spezialteams. Sie bestehen aus 5000 Mann. Zum ersten Mal war am 1. Februar 1987 aus der türkischen Zeitung *Tercuman* zu erfahren, daß zwei türkische Spezialteamangehörigen von einem „Hauptmann Weygold“ im GSG-9-Camp in St. Augustin bei Bonn ausgebildet worden sind. Dann sind Jahre vergangen, in denen nichts mehr über die Ausbildung von Spezialteams öffentlich zu erfahren war. Erst in der *Süddeutschen Zeitung* vom 31. März/1. April 1994 war wieder zu lesen, daß 3000 „Schwarze Käfer“ genannte türkische Spezialteamkräfte in der BRD in Ausbildungslagern der GSG-9 ausgebildet wurden. Es ist anzunehmen, daß die Meldungen dieser Zeitungen, die Zugang zu Informationen aus staatlichen Quellen haben, stimmen. Das würde bedeuten, daß fast alle türkischen Spezialteamkräfte in der BRD ausgebildet wurden. Mit der Ausbildung der türkischen Spezialteams ist die BRD auch für ihre Verbrechen mitverantwortlich, denn es sind diese Kräfte, die hinter den Massakern und Massenmorden stecken und sie ausführen: der Angriff auf die friedliche Demonstration zur Beerdigung des von der Konterguerilla ermordeten Abgeordneten Vedat Aydin in Diyarbakir, die Schüsse in die Menge bei den Newrozfeiern 1992 in Sirkak, Cizre, Nusaybin, die unzähligen Konterguerillamorde...

Auf der NATO-Konferenz in Brüssel erklärte der deutsche Generalinspekteur Klaus Dieter Naumann den Beschluß der Bundesregierung zum Waffenlieferungsstop vom 31. März gegenüber dem türkischen Generalstabschef Dogan Güres als einen „politischen Fehler“ und sicherte laut *Hürriyet* vom 28. April 1994 der Türkei zu: „Unser Außenminister Klaus Kinkel ist ein guter Mann. Machen Sie sich keine Sorgen. Mit den Lieferungen wird Schritt für Schritt wieder begonnen werden.“ Eine Woche später wurde dann der Waffenlieferungsstop, der nicht einmal fünf Wochen lang konsequent eingehalten wurde — schon während des vorübergehenden Rüstungslieferungsstopps wurden vor vier Wochen 212 Stinger-Raketen über den Hamburger Hafen in die Türkei verschifft —, offiziell wieder aufgehoben. Damit wurde endgültig klar, daß die ganze Diskussion um ein Rüstungsembargo gegen den türkischen Staat nur ein Schauspiel war, dem von Anfang an jede ernsthafte Absicht fehlte, endlich die Politik der Unterstützung des Völkermords des türkischen Staates in Kurdistan aufzugeben.

Serdar Çelik ist Mitarbeiter der Zeitung „ÖZGÜR ÜLKE“ und Autor bzw. Mitautor der im GNN-Verlag erscheinenden Bücher „Teure Wahrheit“ — Bericht von Özgür Gündem 1993“ und „Deutsch-Türkische Beziehungen“. Der Artikel wurde von der Redaktion aus Platzgründen gekürzt. Übersetzung: K., Redaktion „Kurdistan-Rundbrief“.

turarbeiten beauftragt und führt im Auftrag der türkischen Armee den Einbau von Dieselmotoren in die deutschen Leopard-Panzer durch.

Der Krupp-Konzern baute 1984 in Arifiye einen Panzerpaletten- und Panzerreparaturbetrieb, der auch Lizenzen von Zeiss und GLS hat.

Der Daimler-Benz Konzern hat in Nigde unter dem Namen „Otomarsan“ einen Betrieb zur Herstellung von Militärfahrzeugen gebaut.

Peine Salzgitter hat an die Hema Holding Lizenz erteilt. Die MBB betreibt in Kayseri unter Lizenz einen Panzermotorenherstellungsbetrieb. Lizenzgeber sind auch MAM und Krauss Maffei.

Die MKEK produziert seit Jahren G-3 und MG-3-Gewehre unter Lizenz von Heckler & Koch.

Die türkische Firma Roketsan A.S. arbeitet unter Lizenz von Dornier, Deutz Otakar Karosserie AS unter Lizenz von Rohde-Schwarz, MKAS unter Lizenz von Arkoni Kommunikation. Trotz aller Proteste wurden Mitte April Tausende von Dornier produzierte Stinger-Raketen von deutschen Häfen aus in die Türkei verschifft.

Das sind die Konzerne und ihre Waffen, die den Hauptbeitrag zum Krieg



Demonstration von 300 000 italienischen Antifaschisten in Mailand am 25. April 1994, dem Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Die „Resistenza“, der antifaschistische Kampf, bleibt aktuell.

Der italienische Faschismus wird ministrabel

Die faschistische „Alleanza Nazionale“ avanciert vom Mehrheitsbeschaffer für die jahrzehntelang regierenden Christdemokraten zur italienischen Regierungspartei.

Am 10. Mai war für die faschistische Alleanza Nazionale (AN), die Nachfolgeorganisation der Italienischen Sozialbewegung (Movimento sociale italiano — MSI), der Weg an die Regierung frei. Silvio Berlusconi ernannte als designierter Ministerpräsident fünf ihrer Leute zu Ministern: Giuseppe Tatarella wurde stellvertretender Ministerpräsident und Postminister, Altero Matteoli erhielt das Umweltministerium, Adriana Poli Bortone das Landwirtschaftsministerium, Domenico Fisichella wurde Minister für den Schutz der Kulturgüter und Publio Fiori für Transportwesen und Handelsmarine. Die ersten drei haben lange Karrieren in der faschistischen Partei bzw. als Abgeordnete des MSI hinter sich, die letzten beiden sind über die Gründung von AN dazugestoßen.

Mit dem Regierungseintritt hat AN-MSI einen wichtigen Etappensieg erzielt: Die jahrzehntelange Isolierung und Ächtung wurde durchbrochen. Die Partei kann sich nun gestützt auf Ministerämter ausbauen und auf die Gestaltung des Landes Einfluß nehmen. Die vergangenen Wochen haben gezeigt, daß starke Kräfte des bürgerlichen Lagers nach dem Zusammenbruch der traditionellen Regierungsparteien Christdemokratie (DC) und Sozialistische Partei (PSI) jetzt das Rechtsaußenbündnis aus Forza Italia, Lega Nord und Alleanza Nazionale stützen. Mit den Fa-

schisten spielt die Reaktion dabei eine Karte aus, die sie viele Jahre lang in der Hinterhand gehalten hat.

Zur Geschichte des MSI — Verbot wurde nicht vollzogen

Gegründet wurde der MSI 1946 von Arturo Michelini und anderen Funktionären der „Republik von Salò“, Mussolinis Regime im Norden unter dem Schutz der deutschen Besatzung von 1943 bis 1945. Der MSI hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß er Ideologie und Politik des Faschismus fortführt, und hat deshalb auch stets die italienische Verfassung abgelehnt, die sich auf den antifaschistischen Kampf beruft.

Die Existenz des MSI stand immer im Widerspruch zu Verfassung und Gesetzen. Die Verfassung besagte in ihrer 12. Übergangsbestimmung: „Die Reorganisation der aufgelösten faschistischen Partei ist in jeglicher Form verboten.“ Diese Verfassungsbestimmung wurde konkretisiert durch Gesetze, insbesondere die *legge Scelba* (benannt nach dem damaligen Innenminister) von 1952. Nach Artikel 1 dieses Gesetzes liegt eine Reorganisation der faschistischen Partei dann vor, „wenn eine Vereinigung antidemokratische Ziele verfolgt, besonders solche der faschistischen Partei, indem sie die Gewalt als Kampfmittel preist, androht oder anwendet oder

indem sie für die Unterdrückung der Freiheiten eintritt, die von der Verfassung garantiert werden, oder indem sie die Demokratie, deren Institutionen und die Werte der Resistenza verleumdete oder indem sie rassistische Propaganda verbreitet; oder wenn sie ihre

Aktivität auf die Verherrlichung von Exponenten, Prinzipien, Taten und Methoden der oben genannten Partei richtet oder wenn sie Veranstaltungen faschistischen Charakters durchführt.“ Das Verbot sollte durch Gerichte, in dringenden Fällen durch die Regierung vollzogen werden. Die Bestimmungen zielten auf den MSI, wie auch der Innenminister in der Begründung des Gesetzesentwurfs vor dem Parlament ausführte. Dennoch wurde das Gesetz nie angewandt. Bezeichnend z.B. das Urteil eines römischen Gerichts vom 18.7.62, in dem es in der Begründung zugunsten des MSI hieß: „Es ist wohl wahr, daß maßgebende Repräsentanten des MSI öffentlich die Identität von Ideologien und Tendenzen der Partei mit den Ideologien und Tendenzen des Faschismus proklamiert haben, als dessen Fortsetzer sich diese Repräsentanten bezeichnen. Aber die Worte können die These (von der Reorganisation, rok) nicht rechtfertigen, solange sie nicht zum Programm der Aktion und des Wiederaufbaus werden.“ Das Programm des MSI, gegen parlamentarische Demokratie und für einen Ständestaat, hatte aber immer in der faschistischen Tradition gestanden.

Tatsächlich hatte die Christdemokratische Partei (DC) als dominierende Regierungspartei kein Interesse an der Vollziehung der unstrittigen Rechtslage. Schon 1953 scheiterte ein Wahlge-



Gianfranco Fini, der Generalsekretär des MSI, heute der Alleanza Nazionale — Faschismus im Nadelstreifen. Die Faschisten tragen die Forderung nach Revision der Grenzen zu Slowenien und Kroatien in die Regierung.

setz, mit dem sich die DC die absolute Mehrheit sichern wollte. Die Partei verlor die absolute Mehrheit und brauchte Bündnispartner. Sie schloß zwar keine offiziellen Regierungsbündnisse mit dem MSI, ließ sich aber immer wieder stützen: Die DC-Minderheitsregierungen Zoli und Tambroni bedienten sich der Stimmen faschistischer Abgeordneter, und die christdemokratischen Staatspräsidenten Segni und Leone wurden mit der Hilfe von MSI-Stimmen gewählt.

Auch im ständigen Kampf verschiedener Strömungen innerhalb der DC spielte die Existenz des MSI eine Rolle. Dem rechten DC-Flügel diente die Drohung mit einem Erstarken der Faschisten immer wieder zu einer Verschiebung der Politik der Partei nach rechts. Das gilt besonders für die Jahre ab 1968 mit ihren sozialen und politischen Veränderungen. Der MSI und Terrorgruppen in seinem Umfeld antworteten auf die oppositionellen Bewegungen mit der „Strategie der Spannung“. Sie sollte durch blutigen Terror gegen große Menschengruppen (Überfälle an Universitäten, Anschläge auf Versammlungen, Züge, Bahnhöfe) die Gesellschaft so weit destabilisieren, daß ein Rechtsputsch möglich würde. Die Faschisten konnten sich dabei auf Verbindungen zu staatlichen (Geheimdienst-) und Geheimlogikern stützen. Ein Teil der Anschläge ist bis heute nicht geahndet, aber in einer Reihe von Fällen ist die faschistische Urhebererschaft gerichtlich festgestellt. So wurde zum Beispiel 1991 der MSI-Abgeordnete Abbatangelo wegen Massenmordes, Terroranschlags und Sprengstoffbesitzes für den Anschlag auf den Schnellzug Neapel-Mailand verurteilt, bei dem 16 Leute gestorben und mehr als 250 verletzt worden waren.² Immer wieder hatte sich der MSI in dieser Phase der „Strategie der Spannung“ den Christdemokraten als Bündnispartner angeboten.

Einzelne Vorstöße für das Verbot der faschistischen Partei hatte nach dem Krieg die Kommunistische Partei unternommen, allerdings ohne großen Nachdruck. Einen Aufschwung nahm der Kampf gegen die Faschisten und gegen ein Bündnis von DC und MSI erst 1960, als die Christdemokraten ihre Minderheitsregierung Tambroni auf die Stimmen der MSI-Abgeordneten stützten. Der MSI kündigte daraufhin provokativ einen Parteitag in Genua an. Genua galt als ein Zentrum des antifaschistischen Widerstands. Als die Polizei am Vorabend des Parteitags eine Demonstration von 100000 Menschen angriff, antworteten die Gewerkschaften mit einem Generalstreik in Genua, Mailand und anderen Städten, der die Faschisten zur Abreise und Tambroni zum Rücktritt zwang. Einige Wochen später legte der Föderativrat der Resistenza einen neuen Gesetzentwurf für das Verbot des MSI vor, der aber

nicht durchkam.¹ Immerhin waren die Faschisten als offizielle Bündnispartner für die DC erledigt und für geraume Zeit isoliert.

Der Weg des MSI zur Regierungspartei

Verschiedene soziale und politische Faktoren haben seit den 80er Jahren den Vormarsch des MSI begünstigt. DC und PSI hatten für die zunehmenden Krisenerscheinungen keine Antwort und verloren mehr und mehr Unterstützung im bürgerlichen Lager und darüber hinaus. In der Anti-Korruptionskampagne wurden sie innerhalb von zwei Jahren über lange bekannte Mißstände, die nun aufgegriffen wurden, vollständig erschüttert und als Regierungsparteien ausgeschaltet. Im bürgerlichen Lager setzte daraufhin eine hektische Debatte ein, wie bürgerliche Mehrheiten gesichert werden könnten. Die Herausbildung neuer rechter Parteien (Lega und Forza Italia) und das Rechtsbündnis setzten sich schließlich durch.



Gedenktafel der Stadt Bologna für die Opfer der faschistischen Attentate auf den Zug Italicus, auf den Bahnhof von Bologna und auf den Schnellzug Neapel-Mailand.

Es war aber auch direkte politische Hilfestellung aus der politischen „Mitte“, die den MSI für viele frühere Wähler der Regierungsparteien wählbar gemacht hat. In den 80er Jahren hat Craxi (PSI) angeregt, die Ächtung des MSI als außerhalb der Verfassung stehender Kraft zu lockern. Vertreter von Regierungsparteien sprachen auf MSI-Parteitagen als Gastredner. Den entscheidenden Durchbruch besorgte schließlich Francesco Cossiga, DC-Minister, Ministerpräsident und schließlich Staatspräsident. Er hat als Staatspräsident Anfang der 90er Jahre, anknüpfend an eine wachsende allgemeine Empörung, eine demagogische Kampagne gegen die

Verfassung geführt, die er mit der „Spitzhacke“ zertrümmern wollte. Gleichzeitig hat er den MSI zur verfassungskonformen Partei erklärt und trotz der gegenteiligen Tatsachen bezüglich der Attentate in Schutz genommen. 1992 erklärte er auf die Anfrage des MSI-Abgeordneten Tatarella (jetzt stellvertretender Ministerpräsident) über seine eigene Haltung als Minister und Regierungschef: „Alles Schlechte war der Faschismus. Ich war irreführend, vergiftet. Ich habe mich geirrt. Ich bitte Sie, die Sie in diesem Augenblick seine politische Seite repräsentieren, um Verzeihung.“³ Der MSI nahm diese Hilfestellung aus dem höchsten Staatsamt zum Anlaß für eine (erfolglose) Kampagne, auf der Gedenktafel in Bologna für Opfer von faschistischen Anschlägen das Wort „faschistisch“ streichen zu lassen.

Diese Hilfestellung dürfte viel dazu beigetragen haben, daß der MSI seinen traditionellen Stimmenanteil von 5 bis 6 % auf jetzt 13 % ausdehnen konnte, daß er seine starke Stellung im Süden ausbauen und dort in manchen Gegenden zur stärksten politischen Kraft werden

konnte. Die Stimmenzuwächse hat AN-MSI wie auch die anderen Rechtsparteien weitgehend von früheren Wählern der Regierungsparteien erhalten. Nach einer Studie des Meinungsforschungsinstituts CENSIS hat Alleanza Nazionale 17,1 % der Stimmen von früheren DC-Wählern erhalten, 5,2 % von Republikanischer und Liberaler Partei, 4,8 % von der Lega und 4,0 % von Sozialistischer und Sozialdemokratischer Partei.⁴

Der Widerstand gegen die Faschisten und die Rechtsregierung wird nicht einfach sein. Die Rechten richten sich nicht nur in der Regierung, sondern in gesellschaftlichen Einrichtungen und Bereichen ein. So hebt in den Betrieben die AN/MSI-Gewerkschaft CISNAL, die früher die Isolierung des MSI geteilt hat, den Kopf. Sie hofft auf eine „Wende in den industriellen Beziehungen“ durch die Rechtsparteien an der Regierung und dadurch auf einen neuen Spielraum für ihre ständische Politik.

Mit den großen Demonstrationen des 25. April, des Jahrestags der Befreiung vom Faschismus, hat eine

antifaschistische Mobilisierung begonnen. Schnelle durchschlagende Erfolge sind nicht zu erwarten; eher ein zähes Ringen um soziale und demokratische Rechte, das dem Rechtsbündnis dessen Rückhalt wieder streitig machen kann. Die Rechten sind für radikale Marktwirtschaft und autoritäre Umgestaltung der politischen Ordnung angetreten und werden dafür viele Menschen treten. — (rok)

- 1 *Fascismo e antifascismo nell'Italia repubblicana. A cura di Guido Quazza. Edizioni Stampatori, Torino 1976;*
- 2 *Süddeutsche Zeitung*, 30./31. 3.91;
- 3 *l'Unità* 14. 2.92;
- 4 *Liberazione* 15. 4. 94

ÖSTERREICH

Die EU-Integration treibt Steuern hoch

Im Zuge der ganzen Diskussion über einen EU-Beitritt und den damit verbundenen Schwierigkeiten und Differenzen, wie Transit, Landwirtschaft, Neutralität usw., hört man über einen Teilbereich in der Öffentlichkeit praktisch überhaupt nichts. Über Steuern. Es wird zwar immer darüber geredet, daß Österreich Nettozahler sein wird und jährlich ca. 18 bis 28 Milliarden Schilling = 1,3 bis 2 Mrd. ECU in den EU-Finanztopf einzahlen muß, aber wie dieser Betrag aufgebracht wird und welche anderen steuerlichen Auswirkungen auf uns zukommen, darüber schweigt man für die Öffentlichkeit. Im Finanzministerium treffen sich seit einiger Zeit Experten und überlegen, wie man zu zusätzlichem Geld kommen bzw. wie man die österreichischen Steuergesetze der EU anpassen kann.

Um die 18 bis 28 Milliarden Schilling aufzubringen, wird es wahrscheinlich ab 1. Jänner 1996 eine dritte Etappe der „Steuerreform“ geben, bei der die Steuerbegünstigung für den 13. und 14. Monatsbezug wegfallen wird. Diese zusätzliche Belastung der unselbständig Erwerbstätigen bringt dem Staat rund 13,5 Milliarden Schilling pro Jahr (Annahme: 15000 öS pro Sonderzahlung und Berufstätigen; 3 Millionen Berufstätige. Steuersatz 21 % = 18,9 Mrd.; abzüglich schon heute mit festem Steuersatz versteuert = 5,4 Mrd. S). Wobei dieser Betrag noch um etliches höher werden kann, da es für die Brüsseler Europäer absolut unverständlich ist, daß ein Jahr 13 (wie in der BRD u.a.) oder gar 14 Monate (wie in Österreich) hat. Es gibt Überlegungen, diese Sonderzahlungen auf die normalen Monatsbezüge umzu legen, wodurch der Durchschnittssteuersatz um 2 bis 3 Prozent steigen und der Staat zusätzliche 2,5 Mrd. Schilling kasieren würde.

Wesentlich anders wird es bei den indirekten Steuern (und hier vor allem bei der Umsatzsteuer) laufen. Es wird zwar Ausnahmeregelungen geben, diese sollen aber bis 1997 abgeschafft werden. Auch in Zukunft wird es zwei Umsatzsteuersätze geben. Entgegen den bisherigen Behauptungen, daß die österreichischen Sätze gesenkt werden, werden die Sätze in der EU vermutlich erhöht werden, um die existierenden Budgetdefizite etwas zu verringern.

Die EU kennt nur das System der unechten Steuerbefreiung, das bedeutet, daß die Sozialversicherungen Österreichs in Zukunft keinen Vorsteuerabzug mehr geltend machen können. Geschätzter zusätzlicher Finanzbedarf der Sozialversicherungen: ca. 8 Mrd. öS. Umgekehrt werden die Leistungen der Krankenanstalten steuerfrei. Dadurch würden zwar die Preise sinken, aber der Vorsteuerabzug geht verloren. Welche Auswirkungen dies auf die Bundesfinanzen hat, wird erst errechnet.

Mieten sind in der EU steuerfrei. Der ermäßigte Steuersatz muß spätestens 1997 fallen. Kosten werden bei den meisten Wohnungen steigen, da gleichzeitig der Vorsteuerabzug fällt.

Telefon ist in der EU voll steuerpflichtig, heute in Österreich steuerfrei. Die Kosten werden steigen.

In der Gastronomie gilt heute im wesentlichen der ermäßigte Steuersatz von 10 %. Da die Ausnahmebestimmung in Italien fällt, muß der Gastronomieumsatz voll versteuert werden. Die Kosten werden steigen.

Peter Grusch, aus: akin — aktuelle Informationen, Wien

Am vergangenen Dienstag hat die Industriegewerkschaft Medien die Verhandlungen zur 4. Schlichtungsrunde abgebrochen, weil der Bundesverband Druck (BVD) nicht zu konkreten Verhandlungen bereit war. Der Hauptvorstand der IG Medien teilte dazu am 3. Mai mit: „Wenige Zahlen unterstreichen die ‚Sprachlosigkeit‘ der Unternehmervertreter. Nach Angaben des Schlichters haben die Schlichtungsgespräche bisher knapp 30 Stunden gedauert. Davon waren allerdings keine 4 Stunden gemeinsame Verhandlungen zwischen den Tarifvertragsparteien. Der Bundesverband Druck hat sich trotz mehrfachen Drängens der IG Medien geweigert, Verhandlungen aufzunehmen, und die Schlichtung dazu mißbraucht, die Verhandlungen zu verzögern, und versucht, ein Abschlusßdiktat durchzusetzen. Daraufhin hatte die IG Medien keine andere Wahl, als eine Vertagung auf Montag, den 9. Mai, zu beantragen, um endlich zu Verhandlungen zu kommen. Der Schlichter, Professor Reiter, hatte sich diesem Antrag angeschlossen, hat aber auf seinen Vorschlag, die Verhandlungen am 9. Mai fortzusetzen, vom Arbeitgeberverband bis 16.00 noch keine Zustimmung erlangt. Die IG Medien sah darauf keine Möglichkeit mehr, den Stil der Nichtverhandlung und Sprachlosigkeit fortzusetzen. (...) Die IG Medien bleibt aber bei ihrer Aufforderung an den Bundesverband Druck, endlich und möglichst bald an den Verhandlungstisch zurückzukehren und vor allem die Bereitschaft zu entwickeln, auch wirklich in der Sache zu verhandeln.“

Bis dahin hatte sich der BVD geweigert, über die Forderungen der IG Medien zum Manteltarif – vor allem über die Einführung eines Vorruhestandes für Nacht- und Schichtarbeiter – überhaupt nur zu sprechen. Noch am Vortag des gleichen Tages hatte er stattdessen eine Neuauflage seiner provokativen Forderungen eingebracht, die die Wiederinkraftsetzung des Manteltarifvertrages bis 1998 vorsahen bei gleichzeitigen betrieblichen Öffnungsmöglichkeiten wie der Einführung eines Arbeitszeitkorridors zwischen 35 und 39 Stunden bzw. ab 1.4.95 zwischen 31,5 und 38,5 Stunden, die Möglichkeit der Abgeltung von Überstunden binnen dreier Monate ohne Zuschläge in Freizeit, sowie der Öffnung des Samstags für die regelmäßige Arbeitszeit und der Einstellung von arbeitslosen Hilfskräf-

ten und über 50jährigen zu 90 % des Tariflohns.

Während der Schlichtungsrunde hatten die Arbeiter und Angestellten die Warnstreikaktivitäten verstärkt: Allein im Landesbezirk Nord beteiligten sich die Kollegen von Springer (Tiefdruck, Offsetdruck, Verlag), der Bergedorfer Zeitung, der Lüneburger Nachrichten, von Broschek, Claussen und Bosse in Leck, Stader Tageblatt, Cuxhavener Nachrichten, Bremervörder Zeitung und Fa. Borgardt in Bremerförde an Streikaktionen, in mehreren

1.7. um zwei Prozent angehoben werden, was einer Erhöhung von 1,5 %, auf die gesamte Laufzeit bezogen, entspräche. Wie der BVD ausdrücklich feststellte, sei dieses Papier „kein Verhandlungspapier, sondern ein Abschlusßpapier“. Mit anderen Worten, die Kapitalisten der Druckindustrie wollen weiter ein Tariffiktat!

Die IG Medien fordert die vorbehaltlose Aufnahme von Verhandlungen über den Manteltarifvertrag und die Einführung eines Vorruhestandes für Schichtarbeiter ohne Vorleistungen

Streiks bei Druck

Bundesverband Druck provoziert die IG Medien



Firmen wurden Resolutionen gefaßt. Unter diesem Eindruck und angesichts der Vertagungsforderung der IG Medien handelte der BVD mit dem Schlichter einen neuen Vorschlag aus, der zumindest auf die Forderung nach der Samstagsöffnung und die untertarifliche Bezahlung von Arbeitslosen verzichtete. Der Manteltarif sollte bis Ende 1996 wieder in Kraft gesetzt werden, womit auch die von der IG Medien angestrebten Verbesserungen für Schichtarbeiter bis dahin von der Gnade der Kapitalisten abhängig wären. Die Tariflöhne sollten nach drei Nullmonaten ab

durch die Verschlechterung bestehender Tarifverträge und kein langfristiges Inkrafttreten des Manteltarifvertrages, das Verbesserungen wegen der Friedenspflicht von der Gnade der Unternehmer abhängig machen würde. Taktisch befindet sich die Gewerkschaft jedoch in einer sehr schwierigen Lage. Zum einen ist sie als kleine Gewerkschaft mit den Tarifvorgaben von ÖTV und IG Metall konfrontiert, die bereits bei Lohn und Arbeitszeitflexibilisierung gewisse Zugeständnisse gemacht haben. Entsprechend hetzt die Propaganda der Verlage und Medien-

konzerne, der „linken Speerspitze der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ sei „der Kampf wichtiger als das Ergebnis“, deshalb sei die Delegation „au dem Saal gerannt“, als der Schlichter den Schiedsspruch unterbreiten wollte (*Süddeutsche Zeitung*, 5.5). In den *Mitarbeiterinformationen* der Axel Springer Verlag AG vom gleichen Tage werfen die Herren Prinz und Stumpfe der IG Medien „Gefährdung von Arbeitsplätzen“ durch ihre Forderungen vor, „während die anderen großen Gewerkschaften in Einsicht der schwierigen Lage in Deutschland zu vernünftigen Abschlüssen bereit waren“. Ein weiteres Handicap für die Gewerkschaft ist die unterschiedliche Lage in den großen Verlagshäusern, Zeitungsdruckereien und Mehrschichtbetrieben einerseits und der Vielzahl der Klein- und Mittelbetriebe andererseits, und dies sowohl was deren wirtschaftliche Situation als auch was den Organisations- und Mobilisierungsgrad der Beschäftigten betrifft.

Schließlich würde Ausweitung des Arbeitskampfes die Gefahr einer flächendeckenden Aussperrung seitens der Unternehmer heraufbeschwören. „Was haben die Biene und die IG Medien gemeinsam? Daß nämlich beide zugrundegehen, wenn sie wirklich zustechen. Die Biene verliert Stachel und Giftdrüse, die Gewerkschaft geht bankrott.“ So die höhnische Hoffnung des *Handelsblatt*-Kommentators Mundorf.

Die Große Tarifkommission hat am Montag, den 9. Mai, einstimmig den Schlichtungsvorschlag abgelehnt und beschlossen:

1. Die Streikaktionen werden in der bisherigen Form weitergeführt.

2. Die Mitglieder werden schriftlich über den Stand der Verhandlungen und den Wortlaut der Vorschläge informiert, es wird eine Mitgliederbefragung durchgeführt.

3. Die Tarifkommission beantragt vorsorglich beim Gewerkschaftsrat, der am 18.5. zusammentritt, die Ermächtigung zur Einleitung von Urabstimmungen.

Wichtig scheint derzeit vor allem die Schaffung von Gegeninformation gegen die Hetze der Medienmonopole und die Organisation von politischer Unterstützung für den Versuch der IG Medien, Pflöcke einzuschlagen gegen den weiteren Reallohnabbau und das Einreißen von tariflichem Schutz gegen die Arbeitszeitflexibilisierung. — (ulj)



Mehrere hundert Roma haben am 28. April in der Essener Innenstadt gegen Abschiebungen demonstriert. Sie forderten die Einhaltung einer Empfehlung des Europarates, Abschiebungen zu stoppen, und die Anerkennung als Minderheit. In einer Resolution sprachen sie sich für die Schaffung von Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für Roma aus. In Essen leben etwa 2000 Roma. — (wof)

Kurdistan-Zentrum: Polizei destabilisiert

Frankfurt. In der Nacht vom 2. auf den 3. Mai durchsuchten Polizei und Staatsanwaltschaft die Wohnungen von 14 Kurden und Kurdinnen im Rhein-Main-Gebiet sowie das Frankfurter Kurdistan-Zentrum. In den Frankfurter Vereinsräumen wurden schriftliche Unterlagen beschlagnahmt. Acht Kurden wurden vorübergehend festgenommen. Die Repressionsmaßnahmen werden mit Ermittlungsverfahren wegen angeblicher „Erpressung von Spendengeldern für die PKK“ begründet. Entsprechende Vorwürfe sollen angeblich von Geschäftsleuten erhoben worden sein. Die Polizei hatte einen Telefonanschluß einrichten lassen, um an derartige „Hinweise“ zu gelangen. Laut Polizeisprecher Borchardt „ist die Beweislage sehr schwierig“. Es entsteht der Eindruck, daß die Verfolgungsbehörden die Möglichkeiten des Ermittlungsverfahrens benutzt haben könnten, um den neugegründeten Verein auszuforschen und die Mitglieder einzuschüchtern. Hans Brandscheid, medico international, wies die Vorwürfe für den Vereinsvorstand als völlig haltlos zurück. Er be-

wertete die Vorgänge als Versuch, die Entwicklung des Vereins zu destabilisieren bzw. die friedlichen Beziehungen von Deutschen und Kurden zu behindern. — (ola)

VVN/BdA stellt Strafanzeige gegen „Deutsche Liga“

Köln. Die neueste Ausgabe der neofaschistischen Zeitschrift *Europa* vom dokumentiert einen öffentlich bekannten Beschluß der Antifaschistischen Landeskonferenz von Nordrhein-Westfalen vom März dieses Jahres. Die Zeitschrift behauptet, daß damit „konkrete Terroraktivitäten“ gegen Rechte geplant werden.

Bei dieser Lüge bleibt der faschistische Autor aber nicht stehen, sondern begründet darüber eine eigene Bewaffnung: „Solche Gruppen wie auch mit Schußwaffen ausgestattete ‚Antifa-Banden tauchen‘ nicht überall im Bundesgebiet auf; dort, wo es sie gibt, kann ihnen nur mit scharfen Schußwaffen begegnet werden.“

Die VVN/Bund der Antifaschisten hat nach Bekanntwerden des Artikels sofort eine Strafanzeige gestellt. Sie weist darauf hin, daß es sich um einen

ESSEN

Kurdische Kulturtage und Fachtagung

Vom 13. April bis zum 14. Mai fanden in Essen **Kurdische Kulturtage** statt. Veranstalter waren der **Ausländerbeirat der Stadt Essen** und die **Arbeiterwohlfahrt**. Unterstützt wurden sie u.a. von der **Volkshochschule (VHS)**, dem **Deutsch-Kurdischen Solidaritätsverein** und **Komkar**.

Die Unterstützung der Kulturtage durch die Stadt Essen war nicht unumstritten. Um so erfreulicher ist es, daß die Oberbürgermeisterin der Stadt Essen, Frau Jäger (SPD), bei der Eröffnungsveranstaltung redete. Sie bezeichnete die Kulturtage als Beitrag, die Gleichung Kurden = Terroristen = Abschiebung in der Öffentlichkeit aufzubrechen. Der Vertreter der kurdischen Liste im Ausländerbeirat forderte den Stopp der Waffenlieferungen der BRD an die Türkei und die Aufhebung der Verbote kurdischer Vereinigungen.

Die zahlreichen Veranstaltungen mit kurdischen Künstlern wurden vor al-

lem von Kurden besucht. Ganz anders bei der Fachtagung „Kurden im (Nicht-)Diskurs der Bundesrepublik Deutschland und der Weltöffentlichkeit“ am 28. 4. im Rathaus: Viele der rund 100 Teilnehmer vertraten Verbände und Institutionen. Bezeichnend ist, daß das Bundesinnen- und Bundesaußenministerium trotz Einladung abgesagt hatten.

Dabei war das Meinungsspektrum sehr breit. Dr. J. Blaschke, Direktor des Instituts für vergleichende Sozialforschung Berlin, machte sich Gedanken, wie dem kurdischen Befreiungskampf der Boden entzogen werden kann. Selim Firat vom Kurdischen Institut für Wissenschaft und Forschung Berlin trat dagegen für die Anerkennung der „kurdischen Realität“ ein, zu der auch die PKK als politische Kraft gehöre. Anke Dietert-Scheuer von amnesty international brachte die vielen Menschenrechtsverletzungen durch die türkische Regierung zur Sprache. — (syb, wof)

AUFRUF DER AG BEHINDERTENHILFE KARLSRUHE

Gleichstellung von Behinderten!

Noch immer sind Menschen mit einer Behinderung in der Entfaltung ihrer Persönlichkeit, der gleichen Teilhabe am Leben in der Gesellschaft und in ihrer selbstbestimmten Lebensführung beeinträchtigt. Ende April führte die AG Behindertenhilfe Karlsruhe einen Infostand dazu durch.

Aus diesem Grund fordern die in der AG Behindertenhilfe Karlsruhe zusammengeschlossenen Organisationen und Verbände eine grundlegende Verbesserung der Situation von Menschen mit einer Behinderung. Niemand darf wegen seiner körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigung benachteiligt werden. Menschen mit einer Behinderung haben ein Recht auf Chancengleichheit und ein selbstbestimmtes Leben. Jedoch schränken nach wie vor bauliche Barrieren im Wohnumfeld, in öffentlichen Einrichtungen oder im öffentlichen Personennahverkehr die Mobilität erheblich ein.

Menschen mit einer Behinderung ha-

ben ungleich geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die Beschäftigungssituation für diesen Personenkreis hat sich weiter verschlechtert. Die Voraussetzungen für ein integratives, gemeinsames Spielen und Lernen in Kindergarten, Hort, Schule und Hochschule sind nicht garantiert.

Der allgemeine Gleichheitssatz des Artikel 3, Absatz 3 Grundgesetz hat bisher Benachteiligungen von Menschen mit einer Behinderung nicht verhindern können. Deshalb muß dieser Personenkreis mit wirksamen einklagbaren Rechten ausgestattet werden. Wir fordern daher: Aufnahme eines Gleichstellungsgebots für Menschen mit einer Behinderung in das Grundgesetz und in die Länderverfassungen sowie ein Gleichstellungsgesetz mit einklagbaren Rechten. Nur so kann das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2, Abs. 1 GG) verwirklicht werden. — (Für die Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe Karlsruhe: Werner Jahn)

MÜNCHEN

Nazis in den Stadtrat? Grüne protestieren.

Bei den außerordentlich stattfindenden Stadtratswahlen in München am 12. Juni ist jetzt auch eine Liste der NPD durch den Gemeindevwahlausschuß zugelassen worden. Damit besteht die Gefahr, daß neben den rechtsextremistischen Republikanern, die schon mit fünf Mitgliedern im Stadtrat vertreten sind, zukünftig die offen faschistische NPD die Münchner Stadtpolitik mitbestimmen wird, und zwar mit Figuren wie Ewald Althans, dem bundesweit bekannten Verteidiger des deutschen Nationalsozialismus, der als Hauptdarsteller im Film „Beruf Neonazi“ seine verbrecherischen Qualitäten schon sattem unter Beweis stellen durfte. Gegenüber den Protestaktionen gegen diesen Film und dessen Aufführung zeigten die Münchner Grünen eine laxer Haltung und argumentierten mit dem „mündigen Zuschauer“.

Diese Haltung haben die Grünen nun relativiert, sie stimmten immerhin als einzige Organisation im Wahlausschuß gegen die Kandidatur der Republikaner und der NPD. Damit sollte dem mündigen Wähler keine faschistische Programmatik zugemutet werden, die laut Verfassung eigentlich geächtet ist. Die

bundesrepublikanische Wirklichkeit zeigt aber, daß der Kampf gegen faschistische Politik eine aktuelle Aufgabe ist und der Vormarsch dieser menschenverachtenden Ideologie gestoppt werden muß.

Der Vertreter der Grünen im Wahlausschuß erklärte zu seinem Votum: „Es war mir nicht zuzumuten, mit meinem Votum Wahlvorschläge von Parteien zu legitimieren, die nicht nur nach Auffassung von Bündnis 90/Die Grünen gegen die bundesdeutsche Verfassung verstoßen. Daher habe ich die Listen der Republikaner und der faschistischen NPD abgelehnt. Ein Gemeindevwahlgesezt, das Neonazis wie Ewald Althans zur Wahl zuläßt, ist dringend reformbedürftig.“

Die Liste der NPD ist das Ergebnis von Versuchen der verschiedensten militanten Neofaschisten, mit parlamentarisch arbeitenden Rechtsextremisten zusammenzukommen. Auf der Liste finden sich Vertreter der Deutschen Liga für Volk und Heimat, Personen aus dem Spektrum des AVÖ-Ladens um Althans, Andreas Thoben, Ex-REP-Betriebsausschußmitglied, der dadurch bekannt wurde, daß er die Auschwitz-Lüge auf dem T-Shirt stehen hatte, und dem Führungskader der ANS/NA (Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktion). Weiter finden sich da die Bodyguards dieser Führungskader und bekannte Altfaschistinnen.

Siegfried Benker, Grüner Stadtratskandidat: „Die Liste der NPD ist ein Sammelsurium bundesweit bekannter militanter Faschisten, auf ihr sind Alt- und Neonazis vereint. Allen gemeinsam ist die erklärte Feindschaft zum parlamentarischen System und zur Demokratie.“

Die Führungspersonen aus dem AVÖ-Laden oder der ANS/NA haben deutlich gemacht, daß sie demokratische Strukturen zerstören wollen. Jetzt zeigt die militante Rechte ihren hohen Grad an Zusammenarbeit. Die Kandidatur zum Stadtrat soll den offenen militanten Faschisten Gelegenheit geben, ihre menschenverachtenden Ideologien zu transportieren. Die selbsterklärten Totengräber der Demokratie haben sich eine demokratische Tarnkappe umgehängt.“ — (dil)



Foto: af/mz

neuen „Höhepunkt rechter Hetzpolitik der Deutschen Liga in Köln“ handelt. — (jöd)

Kirchenkreis verabschiedet Kurden-Resolution

Norderstedt. Der Flüchtlingsbeauftragte des Kirchenkreises Niendorf, Martin Link, nahm Ende März an einer Delegation der „Humanistischen Union“ nach Batman im türkisch besetzten Nordwest-Kurdistan teil. Die Delegation wurde auf Schritt und Tritt von zivilen Spezialeinheiten der türkischen Polizei verfolgt, jeder Kontakt zur kurdischen Bevölkerung sollte verhindert werden.

Nach seiner Rückkehr wurde in der Norderstedter Presse ausführlich darüber berichtet. Die Synode des Kirchenkreises Niendorf der Evangelisch-Lutherischen Kirche hat daraufhin in einer Resolution vom 30. April die Innenministerien auf Bundes- und Länderebene und die Fraktionen des Bundestages aufgefordert, keine Kurden in die Türkei abzuschicken, weil sie dort mit Folter und Tod rechnen müßten.

Weiter heißt es in der Resolution: „Die Synode des Kirchenkreises Niendorf ist betroffen über die Situation der

Kurden in der Türkei, die dort systematischen Verfolgungen ausgesetzt sind. Sie werden an Leib und Leben und in ihrer kulturellen Identität massiv bedroht. Elementare Menschenrechte werden permanent grob verletzt.“ Selbstverbrennungen kurdischer Frauen seien keine Gewalttaten, die das deutsche Volk bedrohten, sondern ein „Ausdruck hoffnungsloser Verzweiflung“.

„Weiterhin wendet sich die Kirchenkreissynode entschieden gegen die deutsche staatliche Militärhilfe für Ankara. Sie fordert die Verantwortlichen auf, eine politische Willensbildung herbeizuführen, um den privatwirtschaftlich organisierten Waffenexport zu unterbinden und entsprechende Kontrollmechanismen zu entwickeln.“ An die übrigen Kirchenkreise und an die Nordelbische Synode wird der Appell gerichtet, sich ebenfalls für die genannten Forderungen öffentlich einzusetzen. — (edl)

Demonstration gegen Abschiebung in Hamburg

Hamburg. Gegen die Ausweisung des Studenten Gwantoro Sugeng demonstrieren am 2. Mai 300 StudentInnen zur

Hamburger Ausländerbehörde. Dort wurde von einem Behördenvertreter nochmals erklärt, daß man die Abschiebung unbedingt durchziehen wolle.

Gwantoro soll nach Indonesien abgeschoben werden, weil zu Studiuzwecken eine Aufenthaltshöchstsdauer von zehn Jahren vorgesehen sei. Gwantoro studiert jedoch erst im 4. Semester Betriebswirtschaftslehre. Zuvor mußte er aus gesundheitlichen Gründen ein Chemie-Studium abbrechen. Er braucht noch ein Jahr, um sein Diplom zu machen.

Dies ist für die Ausländerbehörde, die Gerichte und den Petitionsausschuß der Bürgerschaft jedoch kein Grund, seine Aufenthaltsgenehmigung um ein Jahr zu verlängern. Am 25. April entschied das Obergericht letztendlich die Abschiebung, da das „öffentliche Interesse“ dafür spricht, die Aufenthaltsgenehmigung zu versagen. Gegen diesen staatlichen Rassismus wehren sich die KommilitonInnen von Gwantoro.

„Zeigt Eure Solidarität, indem Ihr eine Postkarte an die Freie und Hansestadt Hamburg, Ausländerbehörde, z.Hd. Herrn Bornhöft, Amsinckstraße 28-34, 20179 Hamburg, schickt!“ — (F)

Linke Liste Niedersachsen ruft dazu auf, PDS zu wählen

Hannover. Die Landesmitgliederversammlung der Linken Liste Niedersachsen (LLN) ruft dazu auf, bei den bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament am 12. Juni und zum Bundestag am 16. Oktober die PDS/Linke Liste zu wählen. Die Landesmitgliederversammlung der Linken Liste Niedersachsen (LLN) ruft dazu auf, den Wahlkampf der PDS/Linke Liste zu unterstützen und damit auch die politischen Forderungen der Linken Liste Niedersachsen (LLN) in die öffentliche Meinungsbildung einzubringen (...)

Das Programm der PDS — sowie ihre bisherige Arbeit — bietet dem antikapitalistischen und außerparlamentarischen Widerstand dafür zahlreiche Bezugspunkte. Mandate der PDS im Europäischen Parlament sowie der Erhalt von PDS-Mandaten im Bundestag würden dazu beitragen, daß die linke Opposition auch im Parlament wirken kann und die selbsttätigen Kräfte des Widerstandes damit unterstützt.

— (aus der Unterstützungserklärung der „Linken Liste Niedersachsen“)

AUF ZUM ALEX 28. Mai • 17 Uhr KUNDGEBUNG GEGEN SOZIALABBAU

Das Ostdeutsche Kuratorium
von Verbänden ruft alle
Bürgerinnen und Bürger auf:
**WEHRT EUCH!
KEINE ZWEITE
DEUTSCHE TEILUNG!
GEGEN:**

Arbeitslosigkeit, Mietwucher,
Enteignungen,
Lehrstellenmangel,
Bafög-Kürzung, Rentenbetrug,
Berufsverbote,
Diskriminierungen,
Ausländerfeindlichkeit!
**VERTEIDIGT DAS
GRUNDGESETZ!**

Es sprechen Vertreter der Verbände, u. a. MDL Dr. Peter Michael Diestel, Prof. Heinrich Fink, Eckart Beleites, Dr. Klaus Grehn, MdB Prof. Uwe-Jens Heuer, Prof. Wolfgang Richter
Es singt Barbara Kellerbauer

**Ab 14 Uhr Informationsstände und Kulturprogramm
Schriftsteller und Künstler signieren ihre Werke!**

Endlich mal wieder Massen auf dem Alex!
Verbreitet dieses Flugblatt! Spendet auf das Konto 13 22 54 21 BLZ 100 500 00 Berliner Sparkasse!



Der „rote Graf“ auf Platz 1 in Sachsen

**PDS-Landesparteitag beschloß Landesliste
zur Bundestagswahl und beriet Jugendpolitik**

Mit Heinrich Graf von Einsiedel als Spitzenkandidat geht die Sachsen-PDS ins Rennen zu den Bundestagswahlen 1994. Das entschieden die Delegierten des Landesparteitages am vergangenen Sonntag in Löbau. Der 72jährige parteilose Münchner konnte sich im vierten Wahlgang mit insgesamt 80 Stimmen gegen Dr. Barbara Höll (Leipzig) durchsetzen, die 73 Stimmen erhielt. In seiner Vorstellungsrede kritisierte der „rote Graf“ die „Heuchelei, mit der man im Westen über große Teile der DDR-Bevölkerung herzieht“. Mit seiner Wahl folgten die Delegierten einer Empfehlung der führenden sächsischen PDS-Politiker.

Die weitere Reihenfolge sieht wie folgt aus:

3. Christina Schenk, Berlin;
4. Steffen Tippach, Leipzig;
5. Uwe-Jens Heuer, Berlin;
6. Heidemarie Lüth, Leipzig;
7. Ilja Seifert, Berlin;
8. Ingrid Mattern, Kringelsdorf;
9. Helmar Hegewald, Radebeul;
10. Margitta Klug, Leipzig;
11. Volker Külöw, Bonn;
12. Christine Ostrowski, Dresden;
13. Jürgen Dürrschmidt, Cainsdorf;
14. Elke Bock, Leipzig;
15. Bernd Rump, Dresden;
16. Dietmar Keller, Bad Honnef;
17. Ronald Weckesser, Dresden;

Mit deutlichem Bezug auf das Wahlergebnis — auf den ersten drei Plätzen Parteilose — warnte das Mitglied der Landtagsfraktion Linke Liste/PDS Dr. Eberhard Langer die Delegierten, daß die „bunte Liste“ der PDS so bunt wiederum auch nicht sein dürfe, daß die rote Farbe nicht mehr herauszufiltern sei.

MdB Dr. Barbara Höll kündigte in der Debatte an, daß die sächsische PDS ihre Auseinandersetzungen mit Ministerpräsident Biedenkopf verstärken werde. Biedenkopf sei ein „zynischer Machtpolitiker“, der mit öligem Populismus absolutistisch regiere. Es sei ihr schlichtweg unverständlich, wenn dieser mit seiner gespielten Rolle als Landesvater und Querdenker bis in PDS-Kreise hinein Erfolg habe.

Am Samstag waren von den Delegier-

ten „Thesen zur Kinder- und Jugendpolitik“ verabschiedet worden. Darin werden u. a. die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre, die Freigabe weicher Drogen und die Abschaffung der Wehrpflicht gefordert. Als „frustrierend“ hatte zuvor der jugendpolitische Sprecher des PDS-Landesvorstandes, Michael Lottes, die Tatsache bezeichnet, daß gerade 5 % der rund 34 000 PDS-Mitglieder im Freistaat jünger als 35 Jahre alt seien.

In der lebhaft geführten Diskussion ging es zum Beispiel um die Haltung der PDS zu Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen in freier Trägerschaft, zur Freigabe der sogenannten „weichen“ Drogen, zur Abschaffung der Wehrpflicht und anderer Zwangsdienste, zur Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung und auch zum Umgang mit neofaschistischen bzw. rechten Jugendlichen und Gruppen.

Gerade zum letzten Punkt ergab sich eine z. T. heftige und kontroverse Debatte, weil bekannt geworden war, daß Vertreter der Dresdner Jugendgruppe „Roter Baum“ an einem NPD-Treffen in Berggießhübel teilgenommen hatten. Hier brachen die Wunden des ein Jahr zuvor geführten Streites um das Treffen von Christine Ostrowski mit einem Neonazi-Führer wieder auf. Einfache Antworten auf das Problem sind sicher nicht zu finden. Die Mehrheit war sich schließlich jedoch offenbar zumindest darin einig, daß es Grenzen in diesen Kontakten geben muß und eine Aufwertung der rechten Gruppen oder gar eine Zusammenarbeit nicht stattfinden darf. Wo die Grenzlinie genau zu ziehen ist, blieb allerdings einigermaßen offen.

Am Ende eines strapaziösen Tages wurden die vorliegenden Anträge der AG Junge GenossInnen nach kleineren Änderungen mit großer Mehrheit angenommen. Wenn auch nicht alle jungen Leute bis zum Ende der Beratungen ausharrten, weil einige vom Verlauf etwas enttäuscht waren, so erhielten doch die Verbliebenen (egal ob Delegierte oder nicht) die Möglichkeit, sich an den verschiedenen Abstimmungen zur Jugendproblematik zu beteiligen; auch ein Novum in der PDS. — (sta)



„Neue Soldaten — neue Schlachten — Nein!“ Rund 100 sächsische jugendliche Kriegsdienstgegner stürten am 6.5. das Gelöbnis von 480 Rekruten in Meißen.

Kündigungsschutz verbessert

Potsdam. Das vom Bundestag beschlossene Altschuldenhilfegesetz verlangt von den ostdeutschen Wohnungsunternehmen die Privatisierung von 15 % ihres Bestandes, wenn sie in den Genuß einer Teilentschuldung kommen wollen. In Brandenburg sind daher die Mieter von 50 000 kommunalen und genossenschaftlichen sowie von 20 000 Werkswohnungen von möglichen Eigenbedarfskündigungen der neuen Besitzer bedroht. Obwohl das Land Brandenburg kaufwilligen Mietern, die ein Vorkaufsrecht haben, Zuschüsse für den Erwerb ihrer Wohnungen gewährt, zeigen die Mieter nur ein geringes Interesse (von 1991 bis 1993 2 600 Förderungen).

Um die verunsicherten Mieter zu schützen, hat Brandenburg als erstes ostdeutsches Bundesland den Kündigungsschutz bei Eigenbedarf von drei auf zehn Jahre verlängert. Dies gilt derzeit für die 116 Gemeinden mit sogenanntem erhöhten Wohnungsbedarf, laut Ministerium sind damit aber alle größeren Kommunen und Städte Brandenburgs erfaßt. — (har)

Bodenreform-Denkmal von Alteigentümern umgerissen

Güstrow (M.-V.). Verrechnet haben sich Mitglieder des sogenannten Hilfsfonds für die Opfer der stalinistischen Bodenreform (HIOB). Mit einem Traktor rissen sie Anfang Mai das Bodenreform-Denkmal in Bredentin (Kreis Güstrow) um und schleiften es in einen Teich. Mit ihrer Aktion wollten die Revanchisten die Rückgabe des noch in Staatshand befindlichen Grundeigentums in die der sogenannten Alteigentümer beschleunigen, so ihr Sprecher Bernd von Maltzahn. Das Denkmal — ein 1955 aufgestellter Findling — erinnert an die Bodenreform von 1945 und die damalige Übergabe von Land der Staatsdomäne Bredentin an Landlose und Landarme.

Im Mecklenburg-Vorpommern der 30er und 40er Jahre besaßen 2 000 Großgrundbesitzerfamilien 62 % des Bodens. Viele dieser Familien waren mit dem faschistischen Staat verbunden, sei es durch die Bereitstellung von Kapital oder von Militär.

Die Provokation des HIOB hatte keinen anhaltenden Erfolg. Schon zwei Tage später hatten 50 Mitglieder des Bauernverbandes aus dem Kreis Güstrow den Findling aus dem Wasser gezogen und wieder an seinen Platz gestellt. ND vom 6./10.5.94 — (har)

Musterklage um Enteignungen aus dem Jahre 1949 abgewiesen

Berlin. Grundsätzlich dürfen die unter sowjetischer Besatzungshoheit vollzogenen Enteignungen nicht mehr rückgängig gemacht werden. Als Stichtag gilt der 7. Oktober 1949, der Gründungstag der DDR. Allerdings wurde die Berliner Liste der zu enteignenden „Kriegsverbrecher und Naziaktivisten“ vom Ostberliner Magistrat erst im Dezember 1949 veröffentlicht. An dieser Tatsache knüpft sich nun die Hoffnung von 598 Unternehmen und 991 sogen. Vermögenspositionen auf Rückgabe. Mit dabei die IG Farben und die Hohenzollern. Insgesamt geht es um ein Volumen von 40 Mrd. Mark. Das Berliner Verwaltungsgericht hatte dem Kaufhaus Wertheim ein solches Rückgaberecht zugesprochen. Da sich Wertheim mit einem Vergleich abgab, wurde der juristische Streit nicht bis in die höchstgerichtliche Instanz weiterverfolgt. Jetzt hat eine andere Kammer diesen Restitutionsanspruch verneint. Der Richter sah die besatzungsrechtliche Grundlage mit der Gründung der DDR nicht schlagartig entfallen, die Liste sei vielmehr die letzte Stufe in einem Enteignungsprozeß gewesen, die Enteignungen seien unantastbar. Der Richter ließ die Revision beim Bundesverwaltungsgericht jedoch ausdrücklich zu. — (har)

Die Tarifaueininandersetzungen für die Angleichung der Einkommen in Ostdeutschland an das Westniveau sowie für Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigungssicherung spitzen sich zu. In Berlin, wo die Diskriminierung besonders deutlich sichtbar und spürbar ist, finden seit Wochen Aktionen bis hin zu ganztägigen Warnstreiks statt. Aber auch in anderen Bundesländern, insbesondere in Thüringen und Brandenburg, haben die Urabstimmungen im Einzelhandel eindeutige Ergebnisse für Streik erbracht.

Während für diese Tarifaueinwanderung am 17.5. ein weiterer Gesprächstermin mit dem Arbeitgeberlager stattgefunden hat, über dessen Ergebnis bei Redaktionsschluß noch keine Information vorlag, wird sich für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Berlin (Ost) erst mit Ablauf des Ulti-

matums am 25.5. entscheiden, ob in die Urabstimmung gegangen wird.

Die Beschäftigten der betroffenen Tarifaueininandersetzungen sind gewillt, ihre Forderungen mit unbefristetem Streik durchzusetzen. Die Einzelhandelskapitalisten und der öffentliche Dienstherr sind vom Kapitalistenlager her gehalten, nicht nachzugeben. Schon wird öffentlich darüber diskutiert, daß eine Koppelung des Osttarifs an das Westniveau überhaupt entfallen soll.

Fest steht, daß es schwere Tarifaueininandersetzungen sein werden. Die Tatsache, daß eben nur die betroffenen Ostbeschäftigten offiziell zum Streik aufgerufen werden können, stellt die Gewerkschaften vor neue Aufgaben und lädt den Gegner geradezu ein zum Streikbrechereinsatz. Solidarität ist also angesagt. Es folgt ein Überblick aus Berliner Sicht, Stand 16.5.94. — (har)



100 Prozent — jetzt!

Streiks im ostdeutschen Einzelhandel

Am 26. April, dem dritten Verhandlungstag, brach die HBV die Tarifverhandlungen für die rund 290000 Beschäftigten des ostdeutschen Einzelhandels ab. Das letzte Angebot der Einzelhandelskapitalisten lautete 3,6% und 39-Stunden-Woche: „Eine Rückwärtsrolle sowohl im Manteltarif als auch bei den Gehältern ist mit der Gewerkschaft HBV nicht zu machen. Eine Verschlechterung des Manteltarifvertrages und ein faktisches Einfrieren auf die 83 Prozent des Westtarifs bei Löhnen und Gehältern, wie es die Arbeitgeber wollen, können die Beschäftigten im ostdeutschen Einzelhandel nur noch als Provokation und Demütigung begreifen.“ Die HBV kündigte Protestaktionen und Warnstreiks in der ersten Maiwoche an. Ein neuer Verhandlungstermin wurde nicht vereinbart.

Urabstimmungen und Proteststreiks sind ein voller Erfolg für die HBV. Bereits der erste Proteststreik am 5. Mai, zu dem die HBV alleine aufrief, brachte eine Beteiligung von 4000 Einzelhandelsbeschäftigten in Ostberlin. Sämtliche Urabstimmungen erbrachten eine überwältigende Mehrheit für Streik.

Eine zuvor gesetzte Frist der HBV ließen die Einzelhandelsverbände ver-

streichen. Stattdessen übten sie massiven Druck auf die Beschäftigten aus und setzten Streikbrecher teils aus Westbetrieben, teils aus Brandenburg sowie studentische Hilfskräfte ein. Die HBV drohte daraufhin mit einer Ausdehnung des Arbeitskampfes auf den Westteil der Stadt. Ein weiterer ganztägiger Streiktag wurde für den 11.5. beschlossen.

Nachdem auch die DAG-Mitglieder im Einzelhandel mit großer Mehrheit für Streik gestimmt hatten, boten die Einzelhandelsverbände einen neuen Verhandlungstermin für den 17.5. an. Die HBV betrachtete diesen Termin jedoch nur als Sondierungsgespräch, da die Einzelhandelskapitalisten es abgelehnt haben, ein wesentlich verbessertes Angebot zu unterbreiten.

Am zweiten Streiktag, dem 11.5., beteiligten sich 7000 bis 8000 Einzelhandelsbeschäftigte an den Streikaktionen, der Demonstration zu geöffneten Kaufhäusern und der Kundgebung auf dem Alexanderplatz. 4 Kaufhäuser, 50 Filialen von Lebensmittelgeschäften blieben geschlossen. Einstimmig wurde von den Streikenden beschlossen, am 20. und 21.5. weiterzumachen, somit das Pfingstgeschäft zu stören.

Manfred Müller, HBV-Landesvorsitzender Berlin und Verhandlungsführer für die Tarifverhandlungen im ostdeutschen Einzelhandel, zum Angebot des Arbeitgeberverbandes:

Eine Verkäuferin in Westberlin verdient am Ende der Tariftabelle knapp 2900 DM brutto, während im Ostteil eine Verkäuferin für die gleiche Leistung 2431 DM erhält und die Handelskonzerne bereits stadtweit operieren. Diese Diskriminierung, in Berlin überdeutlich, ist aber in Gesamtostdeutschland betriebswirtschaftlich und von der Ertragslage der Unternehmen her überhaupt nicht mehr zu vertreten. Des weiteren fordern wir die Übernahme der in Westberlin geltenden 37-Stunden-Woche. In den neuen Bundesländern wird noch 40 Stunden gearbeitet, in Berlin-Ost 39. Darüber hinaus hat die Beschäftigungssicherung absolute Priorität. Innerhalb der letzten vier Jahre hat der Anteil der Teilzeitbeschäftigten das West-Niveau erreicht. Wir haben heute bereits Betriebe, wo nur noch 20 Prozent Vollzeitbeschäftigte tätig sind (...) 3,6 Prozent würde bedeuten, daß der bisherige Abstand zu den Westberliner Einkommen stagnieren, eine Annäherung auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben würde. 3,6 Prozent würde

heißen, daß es bei den derzeit 83 Prozent auch im nächsten Jahr bleibt. Das wäre erstmals seit vier Jahren, seit es den Tarifvertrag gibt, eine Rückwärtsbewegung. Nach drei Verhandlungsrunden haben wir erkannt, daß am Verhandlungstisch nichts mehr geht, jetzt die KollegInnen dran sind, ihren Forderungen auf der Straße Nachdruck zu verleihen.

Das Angebot einer 39-Stunden-Woche für den gesamten ostdeutschen Einzelhandel wird an die Bedingung geknüpft, einen sogenannten Arbeitszeitkorridor zwischen 44 und 36 Stunden einzurichten. Womit die Unternehmer letztlich die Mehrarbeitsvergütung ab der 41. Wochenstunde streichen könnten. Das ist also nur ein Scheinangebot. (...)

Dann werden wir wahrscheinlich zu unbefristeten Streiks kommen. Das allerdings hat es im deutschen Einzelhandel bisher noch nicht gegeben. Aber die Stimmung in den Betrieben in Ostberlin ist inzwischen so brisant, daß wir in der Lage sind, die Unternehmer hier massiv unter Druck zu setzen. Wir werden sicher nicht in der Lage sein, die kleinen Läden zu bestreiken, aber die großen Konzerne sollen es in der Kasse spüren.

(aus: „Berliner Linke“ Nr. 18/94)

Versprochen ist versprochen, Herr Diepgen! ÖTV setzt Ultimatum bis zum 25. Mai

Gegen den Tarifabschluß im öffentlichen Dienst zu Beginn dieses Jahres haben nicht nur die Berliner Mitglieder in der Großen Tarifkommission gestimmt, sondern Kritik daran übten auch Politiker von SPD und CDU. 82% ab 1.10.94, 84% ab 1.10.95, das paßt ihnen vordergründig nicht ins Konzept, denn sie haben bereits mehrfach laut, deutlich und öffentlich bekundet, bis zum Ende ihrer Legislaturperiode, also bis Herbst 1995, die 100%ige Angleichung umzusetzen. Jetzt werden sie Lügner genannt, und das im Superwahljahr. Am Geld scheint es peinlicherweise auch nicht zu fehlen, Wirtschaftsminister Pieroth hat vorlaut erklärt, daß für 1995 die erforderliche Milliarde DM in die Finanzplanung aufgenommen sei.

Rund 100000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Berlin erhalten den Osttarif, bei fast durchgängig westlichem Preisniveau. Nur noch einige öffentliche Tarife wie z.B. bei der BVG

sind nach Ost- und Westwohnsitz gestaffelt. Die Mieten sind inzwischen genau so unbezahlbar. Die Diskriminierung ist besonders dadurch spürbar, daß Ost- und Westkollegen zusammen dieselbe Arbeit verrichten. Schon zweimal haben die Ostberliner Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gegen diese Diskriminierung zu Arbeitskampfmaßnahmen gegriffen: im Sommer 1991 demonstrierten sie für die Anerkennung ihrer Beschäftigungszeiten im öffentlichen Dienst der DDR, im Frühjahr 1992 für eine vorzeitige Anhebung auf 80%, sie waren beide Male erfolgreich.

Da der diesjährige Tarifabschluß eine Öffnung für regionale Tarifverhandlungen über Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigungssicherung zuläßt, haben im März die ersten Gespräche stattgefunden. Die ÖTV Berlin fordert gleichzeitig Verhandlungen über die volle Angleichung. Um das vorgeschobene Argument aus dem Weg zu räumen, der



Berliner Senat müsse sich an die Vorgaben der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und des Verbandes Kommunalen Arbeitgeber (VKA) halten, hat die Gewerkschaft zuletzt „Tarifverhandlungen über einen regionalen Tarifvertrag über die Zahlung einer Ausgleichszulage an die im Ostteil Berlins vom BAT-O bzw. BMT-G-O erfaßten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ angeboten. Die Ausgleichszulage soll 18% ab 1.10.94 und 16% ab 1.10.95 betragen und sich danach entsprechend der allgemeinen Angleichung Ost an West reduzieren.

Trotz Warnstreiks Ende April und

Anfang Mai sind die Verhandlungen keinen Schritt vorangekommen. Als bei der 3. Runde am 9.5. der Innensenator wiederum kein Angebot vorlegte und nicht einmal zur Festlegung eines neuen Termins bereit war, setzte ihm die ÖTV ein Ultimatum bis zum 25.5. Inzwischen sind Arbeitskampfeinheiten gebildet und wird die Urabstimmung für den 30. und 31.5. vorbereitet. Parallel zu den Warnstreikaktionen der HBV finden zwischen dem 16. und 20.5. Arbeitsniederlegungen in allen relevanten Bereichen des öffentlichen Dienstes statt. 3000 Müllwerker begannen die Woche mit einem zweistündigen Streik.

Arbeitszeitverkürzung und garantiertes Mindesteinkommen

Michael Bättig zu Problemen linken Widerstands gegen Zwangsarbeit, Arbeitslosigkeit und Armut

Ausgangsthese ist, daß alle Angriffe der letzten Jahre (Stichwort „Solidarpakt“) auf soziale Einkommen nicht nur direkt auf Erwerbslose und Ausgegrenzte zielen, sondern auf eine fundamentale Neugestaltung der Arbeitsbedingungen (v. a. in den Industrienationen) in einer neuen Phase weltweit herrschender Marktwirtschaft. Die Ursachen für diese Neugestaltungsabsichten liegen in einer weltweiten Verwerungskrise von Kapital, die einen verschärften Konkurrenzkampf vor allem zwischen den drei Zentren der kapitalistischen Weltökonomie ausgelöst hat. An drei Verhältnissen, denke ich, können die Strategien zur Krisenbewältigung verdeutlicht werden:

1. das Verhältnis zwischen dem Einsatz von Maschinen und der Länge der Arbeitszeit,
2. das Verhältnis zwischen wachsender Armutsbevölkerung und der Nachfrage nach Arbeitskraft
3. das gesellschaftliche Machtverhältnis zwischen sicher beschäftigten Kernen und ungesicherten Rändern.

1. Der Einsatz von Maschinen und die Länge der Arbeitszeit

Die Kosten zur Einrichtung von Arbeitsplätzen in den zentralen Produktions- und Dienstleistungsbereichen sind durch die technologische Entwicklung in gigantische Dimensionen gestiegen, so daß trotz steigender Gewinne im letzten Jahrzehnt solche Investitionen in Arbeitsplätze immer weniger rentabel werden. Das führt zu folgenden Erscheinungen:

- a) die Abtrennung der Gewinnanhäufung in Geldform von der Gewinnanhäufung in Form von Produktionsmitteln und Arbeitskräften, weil die internationalen Finanzmärkte für viele Kapitalbesitzer seit geraumer Zeit einen höheren Gewinn abwerfen als Investitionen in ihre Betriebe,
- b) die Grenzen für den Verkauf von Massen-Waren mit Gewinn, weil die Steigerung der Produktivität über Rationalisierung zu einem weltweiten Überangebot geführt haben,
- c) die Reaktion, daß nun verstärkt bei den Produktionsanlagen selbst und den Rohstoffen und Arbeitsmitteln gespart werden soll, sowie die Neuorganisation der Arbeitsabläufe, womit einerseits die kreativen Fähigkeiten der Belegschaften genutzt werden („lean production“) und „Gruppenarbeit“ und andererseits die Flexibilität und absolute zeitliche Anwesenheit im Betrieb erhöht werden sollen (verschiedene Formen verlängerter Arbeitszeiten).

Was an Verlust von Identifikation mit der Arbeit durch zunehmende Entfremdung des gesellschaftlichen Sinns entsteht, soll durch „corporate identity“ wieder wettgemacht werden: das Gefühl, zur Betriebsgemeinschaft dazugehören, gebraucht zu werden, zur Elite der „Arbeitsplatzbesitzer“ zu zählen, entschädigt für den vollständigen Verlust über die Kontrolle, was eigentlich für wen hergestellt wird (andere Theorien sehen in der Neustrukturierung betrieblicher Arbeitsprozesse durchaus auch Chancen zu tatsächlicher Einflusnahme der Beschäftigten).

„Standort Deutschland“, Arbeitszeiten und „Feminisierung der Arbeit“

Diese Konflikte verstecken sich, ge-

tarnt als „Standortdebatte“ und „internationale Wettbewerbsfähigkeit“, hinter den aktuell diskutierten Fragen der Arbeitszeitverlängerung, Flexibilisierung, Sonder(einstiegs)tarife und Arbeitszeitverkürzung bei Lohnverzicht. Das „VW-Modell“, der Chemieabschluß sowie die jüngsten Vorschläge der Arbeitgeberorganisationen weisen hier in die Richtung einer Aufsplitterung in viele Arbeitsmärkte nach Branchen und Regionen mit kleinen Hochlohn-Beschäftigungskernen und großen ungesicherten, deregulierten Teilarbeitsmärkten, auf ganz Europa bezogen.

„Feminisierung der Arbeit“ als Begriff für diese Entwicklung meint, daß die Zuspitzung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung der achtziger Jahre heute als Einfallstor für die Umwandlung des allgemeinen Arbeitsmarktes betrachtet werden kann. Was für Frauen schon immer galt und verschärft weiter gilt, schlechte Bezahlung, miese Arbeitsbedingungen, flexibilisierte Arbeitszeiten, gilt nun allgemein; für die Frauen bleibt weiterhin zusätzlich der Konflikt zwischen „fürsorgerischer“ Haus- und Erziehungsarbeit und leistungsorientierter beruflicher Arbeit, jedoch die Single-Entwicklung beschert auch zunehmend allein-stehenden und getrennten Männern die Probleme mit der „Wiederherstellung der Arbeitskraft.“

Keine statische Spaltung, sondern viele Arbeitsmärkte: radikale Arbeitszeitverkürzung

Gegen unsere (statische) These von der Spaltung der Gesellschaft in einen beschäftigten Kern und den erwerbslosen Rand spricht also heute die Entwicklung von vielen unterschiedlichen Arbeitsmärkten mit einer ebenso unterschiedlichen Einbindung der Arbeitskräfte: Flexibilisierung, Sondertarife, Austritte von Unternehmen aus Tarifverträgen, „Betriebsgemeinschaften“ statt Gewerkschaften, Machtverlust des DGB gegenüber den Einzelgewerkschaften etc.

Die Forderung nach einer allgemeinen radikalen Verkürzung der Arbeitszeit gewinnt also zusätzlich zu der nach garantiertem Mindesteinkommen und Existenzsicherung immer mehr an Bedeutung, obwohl sie gleichzeitig immer weniger verallgemeinerbar gegenüber der realen Zersplitterung des Arbeitsmarktes wird. Die Parole von der Nichtübertragbarkeit des VW-Modells meint diesen Tatbestand.

Ihre wichtige Funktion ist heute deshalb, den Anspruch auf eine allgemeine Gestaltung der menschlichen Arbeit in der Gesellschaft aufrechtzuerhalten, gegen Spaltung, Zersplitterung und weitere Individualisierung; sie gehört deshalb auch untrennbar zur Forderung nach Existenzgeld und garantiertem Mindesteinkommen. Sie weist auf die nach wie vor gültige Tatsache hin, daß die Entwicklung der Produktivität in den westlichen Industrienationen immer weniger Menschen erfordert, um in immer kürzerer Zeit immer mehr Waren herzustellen. Statt daß deshalb alle Menschen weniger arbeiten, werden immer mehr Menschen von der Arbeit ausgeschlossen. Sie ist so auch unser Kriterium gegenüber den Gewerkschaften, wieweit diese den Anspruch auf gesellschaftliche Gestaltung aufrechterhalten bzw. wiedergewinnen oder als Betriebsgemeinschaften mit untergehen. Ich bin übrigens der Meinung, daß

wir bei der Frage der „Umverteilung innerhalb der Klasse“ nicht dogmatisch sein sollten. Arbeitszeitverkürzung mit Lohnverzicht ist für mich ab einer gewissen Lohnhöhe (wir haben mal gesagt: „Kein Nettoeinkommen über 5000,- DM“) nicht nur gut gegen weitere Spaltungen der Lohnabhängigen, sondern auch gegen überflüssigen Konsum.

2. Das Verhältnis zwischen wachsender Armutsbevölkerung und der Nachfrage nach Arbeit

Die Schutzfunktion des sozialen Standards

Die Sozialleistungen bis hin zur Sozialhilfe haben in Deutschland bisher eine Art Schutzgrenze nach unten dargestellt: offizielle Arbeitsverhältnisse, deren Lohn unter diesen Leistungen lag, brauchten nicht eingegangen zu werden, während mit Schwarzarbeit, illegalen Nebeneinkünften und — in bestimmten Schichten und Stadtteilen — mit Einkommen über kriminelle Arbeitsmärkte die oft unzulänglichen Sozialleistungen aufgebeßert werden konnten. In den Analysen der Gegenseite wird dieser Mechanismus als „Abhängigkeitsfalle“ gehandelt, die eine Arbeitsaufnahme der Ausgegrenzten verhindere. Den Strategen ist durchaus bewußt, daß noch weiter gekürzte Sozialleistungen und Löhne auf dann dementsprechend geringer Höhe nicht mehr existenzsichernd sind. Ihre Programme und Lösungsvorschläge beziehen deshalb immer Möglichkeiten staatlich-bürokratischer Ergänzungen und Regulierungen mit ein.

Angriff auf Lohnhöhe und soziale Kontrolle

Der aktuelle Angriff von Regierung und Unternehmen auf die Erwerbslosen gilt zwei Konsequenzen, die aus diesem relativ stabilen sozialen Prozeß erwachsen sind und die selbst durch die CDU / FDP-Politik in den achtziger Jahren nicht aufgeknackt werden konnten:

- a) für die Unternehmen gab es auf dieser Grundlage wenig Möglichkeiten, Arbeitsverhältnisse mit Löhnen um die Höhe der Sozialleistungen herum und darunter einzurichten.
 - b) Eine wachsende Schicht an „Armutsbevölkerung“ (und potentieller Arbeitskraft) droht der staatlichen, aber auch gesellschaftlichen Eingliederung (und Kontrolle) durch legale, offizielle Arbeit zu entgleiten.
- (Scharpf hat in einer aktualisierten Fassung seines Modells einer negativen Einkommenssteuer als fast ausschließlichen Grund für ihre Einführung die Sicherung des „sozialen Friedens“ angeführt.)

Neben den wirtschaftlichen Gründen, für die internationale Wettbewerbsfähigkeit die Löhne zu senken und dafür Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen sowie das Ausufern der schwarzen, kriminellen und Drogen-Arbeitsmärkte einzudämmen, spielt offensichtlich auch die Sorge um den Zustand der Gesellschaft und das menschliche Miteinander eine Rolle. Individualisierung (wachsende Zahl von Ein-Personen-Haushalten), Gewalt, Ghettoisierung, „Unregierbarkeit“ sind hierfür Stichworte.

Zwei Entwicklungslinien lassen sich also grob vereinfacht sehen, die sich nicht ausschließen, sondern ergänzen:

a) Weitere Leistungskürzungen im sozialen Bereich werden den Druck für alle davon abhängigen Menschen verschärfen, ungesicherte und schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse einzugehen.

b) Mithilfe des staatlich-bürokratischen Apparats werden Formen von Arbeitsdienst und Zwangsarbeit eingerichtet.

„Armut trotz Arbeit“ „Armut durch Arbeit“

„Armut trotz Arbeit“, besser „Armut durch Arbeit“, wird zunehmend zum Alltag der sozialen Marktwirtschaft. Nichtexistenzsichernde Löhne und Tarife sind auch das Geheimnis des sogenannten „Beschäftigungswunders“ in den USA: die Ausdehnung von prekären Jobs im Dienstleistungsbereich. „Working poor“ heißt es dort, und viele der Beschäftigten sind inzwischen trotz oder wegen dieser Jobs obdachlos, weil die Löhne noch nicht einmal reichen, um die Miete zu bezahlen.

Zwangsarbeit und Arbeitspflicht

Die Arbeitsdienstvariante erscheint momentan eher als chaotische Wahlkampfpolitik der Regierung, die jedoch schon heute für die Betroffenen harte Konsequenzen haben kann. Dieselbe Regierung, die vor einigen Jahren mit bilateralen Abkommen osteuropäische Arbeitskräfte in die Ausbeutungsverhältnisse der Saisonarbeit geholt hat, will nun mit einem Gesetz zur Beschäftigungsförderung und dem rassistischen Hinweis auf den hohen Ausländeranteil dort deutsche Erwerbslose in diese Arbeiten zwingen.

Vor allem in ostdeutschen Städten (aber nicht nur dort) werden Sozialhilfeberechtigte in wachsender Zahl unter Androhung des Sozialhilfeentzugs zu Arbeiten für 1 bis 4 DM pro Stunde gezwungen (mit denen gleichzeitig Stellen des öffentlichen Dienstes abgebaut werden) oder in verschiedenste Formen von Beschäftigungsgesellschaften gesteckt, für die Sondertarife ausgehandelt werden, die oft an der Grenze des Existenzminimums liegen.

Beschäftigungsgesellschaften „Arbeit um jeden Preis“

Mit „Arbeit um jeden Preis“ könnten diese Maßnahmen von staatlicher Seite, aber auch von der Seite vieler Organisationen, Verbände, Gesellschaften, Gewerkschaften und Parteien zusammengefaßt werden. Die Mobilisierung von Arbeitskraft soll die vielbenannte Spaltung der Gesellschaft in Beschäftigte und Ausgegrenzte wieder neu aufmischen, bis hinein in die letzten Gruppen der Armutsbevölkerung. Je klarer es wird, daß auf absehbare Zeit die marktwirtschaftliche Entwicklung nicht ausreichend gesicherte Arbeitsplätze für alle Nachfragenden zur Verfügung stellen kann, desto ausschließlicher aber wird gerade die Arbeit als einzige gesellschaftlich anerkannte Einkommensform festgeklippt. Mißbrauchshetzkampagnen und Sozialleistungskürzungen verschärfen den Druck, irgendeine Arbeit aufzunehmen, in dem Maße, wie die Möglichkeiten abnehmen, eine gesicherte Arbeit zu finden.

Die gesellschaftlichen Folgen des zweiten Arbeitsmarktes

Leider sehen die alternativen Manager des zweiten Arbeitsmarktes (meist han-



Straßensozialarbeiter, Kinderspielplatzinitiativen, Stadtteilbüros, Drogenberatungsstellen, Jugendwerkstätten — 3000 folgten am 27. 4. dem Aufruf des Aktionskomitees „Armes Hamburg“ und demonstrierten gegen drastische Haushaltskürzungen. (Bild: res)

delt es sich um sozial engagierte, gewerkschaftlich organisierte Sozialarbeiter und Pädagogen) vor lauter (gut gemeintem) Eifer nicht mehr die Konsequenzen ihres Tuns:

- Ihre ausschließliche Fixierung auf „Arbeit um jeden Preis“ verunglimpft die Politikfähigkeit von Konzepten für eine menschenwürdige Existenzsicherung, die aber für die große Mehrheit der Erwerbslosen immer notwendiger werden, weil es auf absehbare Zeit keine Vollbeschäftigung geben wird, auch nicht über einen zweiten Arbeitsmarkt.

- Sie schüren die Illusion und Konkurrenz unter Arbeitslosen, daß doch jeder noch etwas werden kann auf dem ersten Arbeitsmarkt, wenn er nur recht will und sich in Beschäftigungsgesellschaften bewährt, und verschärfen damit ungewollt den Druck und die Schikanen der Regierungskoalition gegen Erwerbslose.

- Sie betreiben eine objektive Auslese der wenigen „noch Brauchbaren“ und überlassen die vielen Übriggebliebenen der „überflüssigen Bevölkerung“.

- Sie sind Wegbereiter für das Modernisierungskonzept der „Betriebsgemeinschaften“, in dem es keine gegensätzlichen Interessen mehr geben soll zwischen Arbeitern und Unternehmern, sondern nur noch gemeinsame Anstrengungen zur Sicherung der Konkurrenzfähigkeit des Betriebes — auf Kosten von Löhnen und Arbeitsbedingungen selbstverständlich.

- Sie öffnen Tür und Tor für Konzepte eines zweiten Arbeitsmarktes, die mit Sondertarifen, Arbeitszwang und Lohndruck die allgemeine Auflösung regulärer Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt vorantreiben helfen.

- Sie opfern entgegen ihrer eigenen Profilierung für „Arbeit um jeden Preis“ die eigenen Ansprüche (mit denen sie vielleicht einmal angetreten sind) an weitergehende Formen betrieblicher Demokratie und Mitbestimmung und umfassende Qualifikation der MitarbeiterInnen.

Rot / grüne Modelle und die Bedürfnisse der Betroffenen

Das Bedrohliche an den staatlich-bürokratischen (spezifisch deutschen?) Formen der Krisenbewältigung ist die Resonanz in weite Kreise der SPD/Gewerkschaften/Grüne hinein: ökosoziales Pflichtjahr, zweiter Arbeitsmarkt mit Sondertarifen etc. sind Vorstellungen, die dem gesellschaftlich weit verbreiteten Bewußtsein, daß nur Arbeit zum Essen berechtigt („Lieber Arbeit als Arbeitslosigkeit finanzieren“), sehr entgegenkommen. Aber wir würden uns etwas vormachen, wenn wir nicht auch das auf diese Weise stark geförderte, nicht nur finanzielle Bedürfnis der Betroffenen nach Beschäftigung wahrnehmen. Daß unter bestimmten Umständen viele Betroffene selbst in der

Zwangsarbeit für sich noch mehr Perspektive entdecken können als im weiteren Sozialhilfebezug, ist eines der brennendsten Probleme für die Organisation einer Erwerbslosenbewegung und die aktuell angezielte Kampagne.

Die Kampagne gegen Zwangsarbeit und die Forderung nach Existenzgeld und Arbeitszeitverkürzung

Die Kampagne nicht ausschließlich auf Zwangsarbeit zu konzentrieren, sondern auf den Prozeß der Auflösung von gesicherten Arbeitsverhältnissen überhaupt, in dem die Zwangsarbeit eine Rolle unter vielen spielt, scheint mir momentan angesagt, auch in Hinsicht auf eine Verbreiterung der Bewegung dagegen. Eine vom Anspruch auf die gesellschaftliche Gestaltung der Arbeit isolierte Forderung nach Existenzgeld könnte vor diesem Hintergrund schnell gegen die Betroffenen gewendet werden: Modelle eines Bürgergeldes unter der Höhe der Sozialhilfe würden die (arbeitswilligen) Erwerbslosen gegen ihren Willen ausgrenzen und gleichzeitig in nichtexistenzsichernde Beschäftigung zwingen.

Unsere Forderung nach Existenzgeld gilt nur in Verbindung mit der nach radikaler Arbeitszeitverkürzung und nur in ihrer formulierten Höhe; die Höhe und ihre Entkoppelung von der Pflicht zur Arbeit sind die entscheidenden Kriterien, ob das Existenzgeld eine gesellschaftlich vernünftige Funktion eines schützenden Mindestlohns gewinnt. Das ist auch weiterhin unser Angebot an alle Beschäftigten und Gewerkschafter, in ein Bündnis mit einzusteigen.

Gesellschaftliches Machtverhältnis zwischen sicher beschäftigten Kernen / ungesicherten Rändern

Den Thesen zufolge wird sich also die sogenannte Zweidrittel-Gesellschaft eher umkehren in ein Drittel gesichert Beschäftigte und zwei Drittel ungesichert Beschäftigte. Die Frage gesellschaftlicher Macht stellt sich dabei als Frage der „Solidarität von oben“ in neuem Gewand: nicht etwa, daß Solidarität nötig ist, diesen Spaltungsprozeß aufzuhalten oder zu verhindern, sondern als bedrohliche Frage, wie lange die „Solidarität“ der regulär Beschäftigten noch mit finanziellen Abgaben belastet werden kann, um die faulen Arbeitslosen mit durchzufüttern...

Eine neue Massenbasis?

Solcher „neutralen“ Analyse zufolge gäbe diese ökonomische und soziale Deklassierung großer Teile aller Beschäftigten eine neue Massenbasis für Widerstand gegen ungesicherte Arbeit, Verarmung und Ausgrenzung. Freilich sagen objektive Entwicklungen noch wenig darüber aus, wie die Menschen

sie selbst sich aneignen, und gerade „das Bedürfnis nach Arbeit“ (besonders in der Ex-DDR) führt aktuell zu vielfältigen Formen des „Sich-Arrangierens“ auch mit schlechtesten Bedingungen. Unsere Aufgabe wird dabei sein, bei den ungesichert Beschäftigten allererst ein Bewußtsein darüber zu schaffen, daß sie überhaupt dazu gehören zur zukünftigen gesellschaftlichen Mehrheit der Ausgegrenzten, Erwerbslosen und Jobber.

Notwendige Elemente einer Kampagne gegen Zwangsarbeit

Die Bundeszusammenschlüsse der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen haben beschlossen, den Widerstand gegen Zwangsarbeit und Arbeitsdienste zu ihrem Schwerpunkt in den nächsten Jahren zu machen. Weil sowohl die objektive Entwicklung als auch die subjektive Verarbeitung bei den Betroffenen meines Erachtens noch nicht entschieden sind, wäre mein Vorschlag, neben konkreten Widerstandsaktionen gegen alle Formen von Zwangsarbeit mit einem (mehr oder weniger großangelegten) Untersuchungsprojekt über die Entwicklung von Arbeitsverhältnissen zu beginnen. Ziel wäre nicht nur eine Fundierung der Analyse, sondern die Initiierung von Diskussionen, gemeinsamer Praxis und Widerstandsaktionen von Initiativen und Organisationen, die bisher nebeneinander her gewurschelt haben. In einigen Städten gibt es dazu erste Ansätze der Kooperation zwischen Erwerbslosen- und Jobbergruppen, kritischen Gewerkschaftern, Kirchenleuten, sozialen Initiativen, linken Parteien etc.

Wir sehen dies als reale Chance für ein neues linkes Projekt, über bestehende Grenzen und Unterschiede hinweg an der zentralen Frage gesellschaftlicher Veränderung — die Organisation von Arbeit und Einkommen — gemeinsam zu arbeiten, weil diese Frage auch für immer mehr von uns selbst zur brennenden Frage wird — und weil sie die Chance einer neuen Massenbasis für eine linke Bewegung erhellt.

Große Ziele wären die Organisation aller ungesichert Beschäftigten und Erwerbslosen zu Streik- und Widerstandsmaßnahmen, die Rückeroberung gesellschaftlicher Macht in der Diskus-

Michael Böttig ist Mitglied der Arbeitslosenhilfe Oldenburg und im Sprecher-gremium der Bundesarbeitsgruppen gegen Arbeitslosigkeit und Armut. Die hier abgedruckten Thesen sind seine persönliche Meinung, kein Dokument des Sprecher-gremiums.
Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg
Kaiserstr. 19
26122 Oldenburg
Tel. (0441) 163 13

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7.
Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln) (zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmallee 24, 22767 Hamburg) Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Werner Thümmel (über: GNN, Czernikstr. 5, 10829 Berlin).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion / Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Redaktionsanschrift: GNN Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221/246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Konto Nr. 10419-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement kostet 65,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 39,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:
Berlin: GNN-Verlag, Czernikstr. 5, 10829 Berlin, Tel. 030/7815222, Fax: 030/7848925.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/381393, Fax: 040/3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511/3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/5026541, Fax: 089/5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204/65711, Dat. Tel. 034204/65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532.

Grüne gegen Rechts

Hans Günther Schramm
für offensive Politik

Seit Anfang 1992 haben sich scheinbar vergessene Bilder in die täglichen Nachrichtensendungen und Berichte der Tageszeitungen gedrängt. Gröhlende Jugendliche mit Hitlergruß, brennende Wohnheime von Asylsuchenden, in ihren Wohnungen verbrannte MitbürgerInnen mit ausländischem Paß, zerstörte Grabsteine, Morddrohungen und Brandlegung gegen Deutsche jüdischen Glaubens, Verletzte und Tote als Opfer rechtsextremen und fremdenfeindlichen Gedankengutes. 1992 gab es knapp 12000 Ermittlungsverfahren, die einen rechtsextremen oder fremdenfeindlichen Hintergrund hatten. 1993 hat sich die Situation noch weiter verschlechtert. Allein im ersten Halbjahr 1993 waren es ca. 11500 Ermittlungsverfahren mit diesem Hintergrund.

Die Bekämpfung des Rechtsterrorismus, der Fremdenfeindlichkeit und des Antisemitismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die allein mit den Mitteln des Strafrechts nicht zu leisten ist. Die Hilfe aller BürgerInnen ist erforderlich.

Wer in Deutschland lebende AusländerInnen verprügelt, Asyl- und Wohnheime anzündet, jüdische Friedhöfe und Synagogen zerstört, zum Rassenhaß aufstachelt und auch tötet, der ist ein Rechtsbrecher, gegen den mit aller Konsequenz mit den Mitteln des Strafrechts vorgegangen werden muß.

In den achtziger Jahren (1980-1989) gab es, neben über 700 rechtsterroristischen Gewalttaten wie Sprengstoff- und Brandanschlägen, Raubüberfällen und Körperverletzungen, insgesamt 36 Tote aufgrund von rechtsterroristischen Anschlägen. Das sind dreieinhalb mal so viele gewaltsame Todesfälle, wie im selben Zeitraum von „Linksterroristen“ verübt wurden (zehn Fälle). Der Verfassungsschutzbericht von 1991, herausgegeben vom Bundesinnenministerium, spricht von einer Eskalation der „Gewaltakte mit rechtsextremistischem Hintergrund“. 1991 waren es 1483 Gewalttaten, 1992 waren es bereits 2300 Gewalttaten, gemäß den Feststellungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Trotz alledem stellte der ehemalige Generalbundesanwalt von Stahl fest, daß die größte Gefahr nach wie vor von „links“ komme.

Wer da noch meint, der braune Sumpf bestehe in Deutschland nur aus ein paar schreienden Jugendlichen und einigen Ewig-Gestrigen, die einfach nur hinter Gitter gehören, neben einigen dummen, gemeingefährlichen Kriminellen, denen man mit immer neuen und schärferen Gesetzen schon beikommt, der irrt und — als gäbe es keinerlei Mitverantwortung für das politische Klima — delegiert die Bewältigung dieses Problems an eine dafür weder zuständige noch gewillte „höhere Instanz“ in der Gesellschaft, an die Regierenden, an die Polizei und an die Gerichte.

Für mich zeigt sich jedoch ganz klar, daß der Ruf nach dem starken Staat und nach einer Ausweitung der polizeilichen Machtmittel gegen Rechtsterrorismus und Ausländerfeindlichkeit nichts hilft. Es gibt die staatlichen Eingriffsmöglichkeiten und Strafgesetze, sie bedürfen jedoch der Anwendung und Auslegung eben auch im Bereich des „Rechtsterrorismus“.

Bündnis 90/Die Grünen geht es vor diesem Hintergrund nicht darum, här-

tere Strafen für Rechte, und damit angebliche Rechtsgleichheit, zu fordern. Dieser Staat steht — wie schon die flüchtige Lektüre des Verfassungsschutzberichtes zeigt — nicht „neutral zwischen den Extremen“ — wie immer vorgegeben wird, um die Entwicklung zu mehr staatlichen Vollmachten und einer immer autoritäreren Gesellschaft zu rechtfertigen. Dies ist kein Staat der „politischen Mitte“, der sich gegen Angriffe von links und rechts gleichermaßen zur Wehr setzt. Es gibt eben eine grundsätzliche Wertegleichheit zwischen den Rechten und dem Staatsapparat: Sauberkeit, Ordnung, Innere Sicherheit, Staatsbürgerschaft nach der deutschen Herkunft oder, wie Schäuble das nennt, „Schicksalsgemeinschaft Staat“.

Wir, die kritische Öffentlichkeit, müssen aber gemeinsam Fremdenfeindlichkeit, Extremismus, Antisemitismus, Rassismus und Terrorismus als politische und gesellschaftliche Herausforderung begreifen, die eben nicht wie ein kriminelles Problem zu lösen ist. Wir müssen mit Nachdruck und Zivilcourage gerade jenem Rechtsextremismus entgegenreten, der die Schwelle des Strafrechts nicht überschreitet, der sich z.B. an Stammtischen — und an vielen anderen Orten — mit Warnungen vor einer „durchrassten Gesellschaft“ oder „Überfremdung“ hervortut. Der rechtsextreme Ungeist darf sich durch uns nicht legitimiert fühlen. Wir alle müssen widersprechen, damit nicht behauptet werden kann, es werde für eine schweigende Mehrheit gesprochen. Die Parteien und alle gesellschaftlichen Gruppen müssen ihre Verantwortung übernehmen, aber jede einzelne Bürgerin und jeder Bürger ist gleichermaßen gefordert. Dieses rechte Potential in Deutschland zu verkennen und politisch nicht ernst zu nehmen, hieße in der Tat, aus der Geschichte nichts gelernt zu haben.

Innerhalb von Bündnis 90/Die Grünen ist der Umgang mit den Rechten lange Zeit kontrovers diskutiert worden. Nicht wenige haben zunächst dafür plädiert, die Rechten zu ignorieren und ihnen nicht durch Gegenwehr zu „Publizität“ zu verhelfen.

Seit den überraschend hohen Wahlergebnissen bei der Berlinwahl und der Europawahl von 1989 hatte diese Meinung einer etwas hilflosen Erkenntnis Platz gemacht, „daß wir da schon gegenhalten müssen“. Aber wie? Dankbar wurde da jede Argumentationshilfe aufgenommen. Im Nürnberger Friedensbüro der bayerischen Landtagsgrünen haben wir im Oktober 1989 eine Synopse von Programmaussagen der Nationaldemokratischen Partei, der Republikaner, der Deutschen Volksunion und der ehemaligen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei zu ausgesuchten Themenbereichen veröffentlicht. Selbst Experten waren damals von der Deklungsgleichheit der Ziele, ja sogar z.T. der Formulierungen verblüfft. Unter dem Titel „Neue Triebe aus alten Wurzeln“ haben wir damals schon aufgezeigt, „daß Demagogie, vereinfachte Inhalte und Holzhammerlösungen ihren Ursprung im Faschismus haben“.

Seitdem ist bundesweit eine große Zahl von Broschüren und Faltblättern, Rundbriefen und Symposien zum Thema Rechtsextremismus von Grünen herausgegeben, veranstaltet und unter-

stützt worden, wie z.B. das hervorragende Schwarzbuch „Auf dem rechten Auge blind?“ des Münchner „Aktionsbündnis gegen den Sicherheitsstaat“.

Wichtiger als alle diese Argumentations-„Papiere“ waren die doch recht erfolgreichen Aufrufe zur persönlichen Zivilcourage, zum Auf- und Widerstehen gegen gedankenlose oder auch bewußte fremdenfeindliche, rassistische, völkische Äußerungen und Handlungen. Nach Hoyerswerda ist da noch einmal ein Ruck durch die Partei gegangen, und seither ist ein offensiver Umgang mit den „Brandstiftern“ Konsens bei Bündnis 90/Die Grünen.

Dazu einige praktische Beispiele aus meiner engeren Umgebung. Der Kreisverband Nürnberg und das Friedensbüro tragen eine Plakat- bzw. Wandzeitungsreihe mit, die vom Nürnberger ABIDOZ (Antifaschistisches Bildungs-, Informations- und Dokumentations-Zentrum) erarbeitet wurde. In dieser Serie „Rassismus/Faschismus hat viele Gesichter“ werden Gruppierungen und Verbindungen des Rechtsextremismus wie Nationaldemokratische Partei, Junge Nationaldemokraten, Die Republikaner, Nazi-Skins, Boneheads und der Deutsche Freundeskreis, in dem Deutsche Liga, Wiking-Jugend, NPD, JN, Freiheitliche Arbeiterpartei Deutschlands, Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front, Bund Frankensland sowie die inzwischen verbotenen Gruppen Nationaler Block und Nationale Offensive zusammengeschlossen sind, dargestellt, aber auch rassistische Strukturen der CSU aufgezeigt.

Wie notwendig das Aufdecken der Strukturen der rechten Szene ist, möchte ich mit einem Vorfall vom vergangenen Herbst belegen. Ich zitiere aus meiner schriftlichen Zeugenaussage:

„Am 10.12.1993 war ich zu einem Referatsabend von Bündnis 90/Die Grünen, Ortsverband Herzogenaurach, eingeladen. Dazu waren etwa 25 bis 30 Zuhörer erschienen.“

Während der Begrüßung durch den Ortsverbandssprecher erschienen ca. 15 junge Leute (Männer und Frauen) in meist uniformähnlicher Kleidung (Tarnjacken, Uniformhosen, Springerstiefel). Es stellte sich rasch heraus, daß diese nicht zum ernsthaften Zuhören und Diskutieren, sondern nur zum Stören gekommen waren. Das zeigte sich

z.B. am gleichzeitigen, gemeinsamen Husten und Räuspern; am permanenten Fußbescharren; am Klatschen an unpassenden Stellen sowie an provozierenden Zwischenrufen.

Der Versammlungsleiter hat — nach einer Vielzahl von Appellen an Vernunft und Anstand — dann am Ende meines Referats die öffentliche Versammlung als beendet erklärt und den weiteren Verlauf als nichtöffentliches Treffen angekündigt. Es bedurfte dreier Aufforderungen, dann allerdings zogen die eindeutig Rechtsextremen vom Nebenzimmer, in dem die Veranstaltung abgehalten wurde, in die Gaststätte um.

Dabei kam es zu einem Wortgeplänkel ... Einer der Wortführer, der dem Ortsverbandssprecher und anderen auch namentlich bekannt war, sagte: „Ihr könnt ja bloß beten, daß wir nicht an die Macht kommen!“ Auf die Antwort einer Zuhörerin, daß sie dann lieber nicht hier leben wolle, erwiderte der Erstgenannte: „Dann lebst Du auch nicht mehr!“ (...)

Auch das öffentliche Auftreten der rechten Szene wird immer dreister. So mußten ca. 2000 Demokraten am 30.4.1994 die von Verwaltungsgerichten erlaubte Verspritzung des Giftes der REPs dadurch verhindern, daß sie einen Lärmprotest produzierten, der die Lautsprecher locker übertönte. Ähnliche Berichte kommen aus Ingolstadt und München, wo Schönhuber sogar in der Olympiahalle sprechen will. Die NPD will es demnächst ebenfalls in Nürnberg versuchen. Ein breites Bündnis in dieser Stadt wendet sich dagegen, daß ausgerechnet in Nürnberg den rechten Hetzern wieder Raum gegeben werden soll. „Die Hetze bleibt nicht folgenlos, Tausende rassistisch und antisemitisch motivierter Gewalttaten in den letzten Jahren in diesem Land sind die traurige Bilanz“, heißt es im Aufruf zu einer Mahnwache.

Wir von Bündnis 90/Die Grünen sehen uns in der antifaschistischen Tradition und wollen uns der rechten Saat von Unfrieden, Rassismus und Haß weiterhin offensiv entgegenstellen.

Hans Günther Schramm ist
Abgeordneter von Bündnis 90/
Die Grünen im bayerischen Landtag.



Foto: U. Dahlinger

GNN-VERLAGE

Ergebnisse der Frühjahrstagung

Geschäftsentwicklung

Die Beratung begann mit einer allgemeinen Aussprache über die Geschäftsentwicklung der einzelnen Verlage im ersten Quartal 1994. Diese ist bisher positiv, die Verlage haben im ersten Quartal Überschüsse erwirtschaftet. Wegen der zu Jahresbeginn in großem Maße fällig gewordenen Abo-Rechnungen für das erste Halbjahr, zum Teil sogar für das ganze Jahr 1994 kann damit aber noch keine Voraussage über die geschäftliche Entwicklung insgesamt und damit auch über die wichtige Frage, ob die bisherigen Kostensenkungsmaßnahmen ausreichend waren, getroffen werden. Das wird erst zur Jahresmitte absehbar sein. Die Liquiditätssituation der Verlage ist weiterhin knapp.

Auflagen

Beraten wurde weiter über die — weitgehend stabile — Auflagenentwicklung der verlegten Periodika. Eine Übersicht über die Entwicklung der lokalen Publizistik soll nachgeholt werden.

Die Verlage in Köln und Sachsen berichteten über die Verkaufsentwicklung von ihnen verlegter Bücher und Broschüren. Danach sind:

- von der 6. Auflage der Broschüre BRD-RAF (10. bis 12. Tausend) derzeit ca. 800 Exemplare verkauft,
- von der Broschüre gegen die BRD-Intervention in Jugoslawien (Druckauflage: 3000 Stück) 2800 Stück,
- von der Broschüre „Gegen den DM-Imperialismus“ bisher ca. 1000 Stück,
- von der Sonderausgabe von GEHEIM zu Bad Kleinen bisher ca. 750 Stück;
- von dem Buch „Widerstand wahrnehmen“ von J.-F. Dwar, D. Strützel u.a. bisher ca. 740 Stück,
- von dem Buch „Davor, dabei, danach“ von Hans Fricke ca. 710 Expl.,
- von der Broschüre mit den Dokumenten des „Insider-Komitees“ derzeit ca. 500 Stück.

Diese Broschüren und Bücher sind — ebenso wie weitere, hier nicht aufgeführte Publikationen — alle weiter lieferbar.

Der Verlag in Sachsen hat von seinem Buch gegen Biedenkopf über 1000 Stück verkauft, von den „Dresdner Lebensläufen“ ca. 350 Stück, von den „Bösen Briefen“ ca. 250 Stück.

Neuerscheinungen

Bei den Verlagen in Köln, Schkeuditz und Stuttgart stehen weitere Neuerscheinungen an. Die Fertigstellung des von Köln bereits angekündigten Doppelbandes zur Geschichte der deutsch-türkischen Beziehungen hat sich verzögert, es ist unsicher, ob die Bände noch im Juni zum Druck gehen können.

Bereits angekündigt ist das Buch über die Verfolgung der Zeitung Özgür Gündem. Es soll Anfang Juni erscheinen.

Im Herbst wird ein Reprint der Weissenauer Blätter mit Aufsätzen aus dem Zeitraum 1982-1993 erscheinen, womit für westdeutsche Leser erstmals zahlreiche Aufsätze in dieser wichtigen linken Oppositionszeitschrift der früheren DDR zu erwerben sein werden. Mit der Werbung für diese Neuerscheinung soll im Sommer begonnen werden.

Auch der sächsische Verlag bereitet mehrere Neuerscheinungen vor. Noch im August soll eine Biografie eines früheren DDR-Diplomaten erscheinen.

In Köln ist darüber hinaus eine Bro-

schüre gegen die Faschisten in Köln in Vorbereitung, in Stuttgart eine Broschüre gegen die „Republikaner“ (siehe die nebenstehende Anzeige).

Neue Spendenwerbung

Nach der Beratung in den Arbeitsgruppen (Finanzen und Technik) wurde dann über die Ergebnisse bzw. Beschlußvorlagen der Arbeitsgruppen beraten. Ein wichtiger Punkt ist, daß die bisherige pauschale Werbung für Spenden für die Verlage (im Westen) umgestellt werden soll auf eine stärker produkt-bezogene Werbung. Hierzu wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

Die GNN-Verlage, die Periodika verlegen, für die Spendenbedarf besteht, sollen bis Herbst mit den jeweiligen Herausgeber-Gruppen auf Vereinbarungen über die Aufbringung der für die Zeitschrift erforderlichen Spenden drängen. Unser Ziel ist, daß der Spenden- bzw. Zuschuß-Bedarf für die Periodika zunehmend durch Eigenwerbung der Herausgeber bzw. durch Werbung in den jeweiligen Periodika aufgebracht wird. Der Spendenbedarf je Periodikum wird jährlich zur Herbsttagung festgestellt.

Beraten wurden weiter Verbesserungen bei der Gehaltsabrechnung. Zur Abrechnung der Lohnkosten zwischen den GNN-Verlagen lag eine Beschlußvorlage vor, die einstimmig verabschiedet wurde. Ab 1. Juli tragen damit alle GNN-Verlage sämtliche bei ihnen anfallenden Lohnkosten direkt, die einheitliche Personalverwaltung über den Verlag in Köln bleibt bestehen.

Bei den Versicherungsbeiträgen, insbesondere Elektronik-Versicherung, soll eine Kostensenkung versucht werden.

Die Arbeitsgruppe Technik berichtete sodann über ihre Beratungen. Die jetzige Produktionslinie der Verlage soll grundsätzlich nicht geändert werden, andere Investitionen als Ersatzinvestitionen sollen nur dort erfolgen, wo es im Zusammenhang mit einzelnen Produkten erforderlich und möglich ist.

Bei der Programmierung sind Programmierungsarbeiten nötig, um Verbindungen mit modernen Datenbanken (Mailbox u.ä.) herzustellen. Hinsichtlich der Bildverarbeitung wird nach geeigneten Scanner-Techniken gesucht. Bei den gekauften Programmen muß zumindest in jedem Büro eine Dokumentation der Handhabung vorhanden sein. Dies ist bisher nicht überall der Fall.

Bei den Versandprogrammen ist noch Programmierung erforderlich, zum einen, um die Lieferung als „Infopost“ zu ermöglichen, zum anderen, um Lastschrift-Dateien für den automatisierten Datenverkehr mit den Banken aufzubereiten.

Zum Abschluß verabschiedete die Tagung einstimmig Ergänzungen der Geschäftsordnung der Verlage, die die Aufgaben der von der GNN-Gruppe beauftragten Bevollmächtigten der Gruppe bestimmen. Die entsprechende Passage der gemeinsamen Geschäftsordnung lautet jetzt:

„... Die Arbeitstagungen beauftragen Bevollmächtigte für die Aufgaben Personal, Veröffentlichungen, Kasse.

Die Bevollmächtigung für Personal umfaßt Fragen wie Entlohnungsgrundsätze, Arbeitsverträge sowie strittige Personalangelegenheiten.

Die Bevollmächtigung für Veröffentlichungen umfaßt Fragen des gemeinsamen Verlagsprogramms bei der GNN Köln (Entscheidung), des gemeinsamen Vertriebsprogramms (Stellungnahme) und des gemeinsamen Tendenzschutzes (Beratung), die sich aus der Zusammenarbeit der GNN-Verlage ergeben.

Die Bevollmächtigung für die Kasse umfaßt die Unterstützung der Einzelverlage in Fragen des Steuerrechts, der Buchhaltung und der Finanzplanung, die Lohnbuchhaltung und die Verantwortung für die Bilanz der Gruppe.

Als Bevollmächtigte/r der GNN-Gruppe für Personal soll ein Mitglied des Beirats, der die Interessen der Eigentümer der Einzelverlage vertritt, benannt werden. Die Bevollmächtigten für Veröffentlichungen und Kasse sollen rechtlich Positionen von Geschäftsführern bei der GNN Köln haben.“

Die Herbsttagung der GNN-Verlage wurde auf Freitag, den 21. Oktober, in Köln festgelegt. — (rül)

POLITISCHE BERICHTE

Protokoll der Tagung des Arbeitskreises

Gliederungsblöcke, Gestaltung

Der Herausgeberkreis bleibt unverändert. Die bestehenden Gliederungsblöcke und die redaktionellen Verantwortlichkeiten wurden bestätigt. Erweiterungen und Verschiebungen um eine Seite sind möglich zwischen den Gliederungsblöcken Berichte und Reportagen regional, Aus Ostdeutschland, Diskussion und Dokumentation.

Das jetzt nach drei bis vier Ausgaben im neuen Format (Nr. 6, 7, 8, 9) entstandene Gestaltungsraaster wird zunächst im wesentlichen bestehen bleiben. In der Schlußproduktion ist rül für die inhaltliche Gestaltung und grammatische Richtigkeit verantwortlich, Bild- und Gestaltungsredaktion machen jöd und maf, das bedeutet auch, daß sich Redakteure und Autoren mit Bild- und Gestaltungswünschen an diese beiden wenden müssen.

Zusammenarbeit mit dem ARGE-Rundbrief

Der Verlag des Rundbriefs der Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie — Soziale Befreiung, Arbeitsgemeinschaft bei der PDS“ (GNN Hamburg) fragt an, ob es möglich ist, den Rundbrief künftig den Politischen Berichten beizulegen. Dies biete sich zum einen aus inhaltlichen Gründen an — im Rundbrief ist die Veröffentlichung längerer Diskussionsobjekte, die thematisch zur Diskussion in den Politischen Berichten passen, üblich. Zum anderen besteht wahrscheinlich eine große Überschneidung des Leserkreises beider Zeitschriften. Der Arbeitskreis Politische Berichte stellt dazu fest:

Vom Arbeitskreis Politische Berichte besteht Interesse, daß — wenn dem technisch nichts entgegensteht — der ARGE-Rundbrief den Politischen Berichten beigelegt wird. Dabei geht der Arbeitskreis Politische Berichte davon aus, daß die Beilage für die Abonnenten der Politischen Berichte kostenneutral geschieht. Vermieden werden muß auch, daß Mitglieder der ARGE doppelt zahlen müssen.

Mailbox-Benutzung

Ab sofort besteht in der Mailbox Link-K ein Brett für die interne Verwaltung und für Projektvorschläge an die Redaktion. Das Brett ist unterteilt nach den bestehenden Gliederungsblöcken und einem Verwaltungsfach, in dem auch die jeweils aktuelle Fassung der Projektierung zu finden ist. Nähere Informationen zur Nutzung über die Redaktion (rül) und die Herausgeber (maf, jöd). — (uld)

NEUERSCHEINUNG

Sag Nein zu Republikanern

Broschüre zur Parlamentspolitik der Republikaner am Beispiel Baden-Württemberg. Kritik und Dokumentation von Landtagsprotokollen, Pressemitteilungen, programmatischen Aussagen. Auszugswise Dokumentation des „Augsburger Programms“ der REP.

Herausgegeben von der VVN-BdA Baden-Württemberg.
28 Seiten, A-4, Preis: 3,50 DM.

Bestellungen an:

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln.

TERMINE

4.6. Internationale Demonstration in Straßburg: Keine Faschisten ins Europäische Parlament. Veranstalter: E.A.F.E (Koordination antifaschistischer Organisationen aus den Niederlanden, Großbritannien, Frankreich und Deutschland)

4.6. Koordinationsausschuß Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie, ab 13 Uhr, Haus der Jugend, Deutschherrnrufer 12, Frankfurt/Main.

Arbeitstagung öffentlicher Dienst, 8.30 Uhr bis ca. 16 Uhr, gleicher Ort.

5.6. Redaktion von Kritik und Widerstand von 10 bis 13 Uhr, ebenfalls in Ffm, Haus der Jugend.

12.6. Wahlen zum Europäischen Parlament. Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

26.6. Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

21.7. bis 24.7. Linke Sommerschule in Schnepfenthal, Thüringen. Themen: Philosophie: Auseinandersetzung mit der Postmoderne; Geschichte: verschiedene Richtungen im antifaschistischen Widerstand; Wirtschaft: liberale Wirtschaftstheorie / Tarifpolitik am Scheideweg / Marxsche Grundrententheorie. Anmeldungen bis 15. Juli an:

GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. (040) 381393 (für Interessierte aus dem Westen); Dieter Strützel, Otto-Worms-Str. 19, 07549 Gera, Tel. (0365) 7101988 Wahlkreisbüro Gera MdL Michael Gerstenberger, Amthorststr. 11, 07545 Gera, Tel. (0365) 813130.

11.9. Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen

25.9. Landtagswahlen in Bayern

16.10. Bundestagswahlen, Landtagswahlen in Thüringen, Kommunalwahlen in NRW

22./23.10. Herbstkonferenz der BDK des BWK in Köln

Menschenbilder der Malerei

Drei neue Kunstbücher über Botticelli, Bruegel und Grosz

Barbara Deimling, Sandro Botticelli, Köln 1993;

Rose-Marie und Rainer Hagen, Pieter Bruegel der Ältere, Köln 1994;

Ivo Kranzfelder, George Grosz, Köln 1993.

Alle Bände sind im Benedikt Taschen Verlag erschienen.

Materialistische Kunsttheorie gründet sich auf der dialektischen Aufhebung von künstlerischer Form und Inhalt. Diesen Dualismus versucht sie, im Begriff des „Gehalts“ aufzuheben. Der Kulturwissenschaftler Max Raphael (1889-1952) hat dieses einmal so ausgedrückt, „daß die marxistische Kunsttheorie weder eine reine Inhalts-, noch eine reine Formtheorie sein kann, sondern daß sie, von den Bedingungen der materiellen Produktion ausgehend, zeigt, wie diese in einem komplizierten dialektischen Verfahren ihre künstlerische Form gewinnen und eben dadurch als künstlerische Gehalte bestimmt werden“.¹

Ausgehend von Marx, galt die Aufmerksamkeit Raphaels der Frage nach dem Verhältnis von Mythologie und Kunst, um so Auskunft über den Stand der Naturbeherrschung und Produktivkraftentwicklung zu bekommen. So notwendig die Mythen für die ökonomisch unterentwickelten Gesellschaften waren, so überflüssig wird die Darstellung des Mythischen in der fortgeschrittenen bürgerlichen Gesellschaft. Haben die Mythen in der Kunst der Renaissance und des Barocks noch geradezu revolutionäre, mindestens aber reformatorische Kraft entfalten können, so bezeichnen die modernen Heiligenbilder Aberglauben und Ideologie, in der Gegenwartskunst nachvollziehbar an der Mode fernöstlich-religiöser Heilslehren, am religiösen Fanatismus, aber auch an den neuen Mythen des Alltags, dem Star der Kulturindustrie (der „Mythos Marilyn Monroe“) oder dem Fetischcharakter der Kunst überhaupt. „Von besonderer Wichtigkeit für eine marxistische Kunstsoziologie,“ heißt es bei Raphael, „ist das folgende Vermittlungsglied: das Naturgefühl, wie es sich in der Bildenden Kunst an der Landschaft, an Genremotiven des täglichen Lebens, am nackten menschlichen Körper darstellt.“²

Drei Neuerscheinungen preislich erschwinglicher Kunstbildbände lassen es zu, die Wandlung des Menschenbildes, die Darstellung des menschlichen Körpers also, über ein paar Jahrhunderte zu verfolgen, angefangen bei Sandro Botticelli (um 1445-1510), über Pieter Bruegel d.Ä. (um 1525-1569), bis George Grosz (1893-1959).

Auch wenn die drei Künstler in dieser Konstellation recht zusammengewürfelt erscheinen mögen, so verbindet sie doch ein inneres Band: Als Renaissance-Künstler repräsentiert Botticelli eine „Zwischenwelt“ (Ernst Bloch): Einerseits sind in dieser Zeit die Wurzeln der Neuzeit zu suchen, wurden maßgebliche Erfindungen gemacht, Handel organisiert, und es formierte sich ein städtisches Bürgertum, welches dem Frühkapitalismus den Weg bereitete; andererseits hatte diese Zeit ihre Grenzen innerhalb christlicher Dogmatik, wenn auch gebrochen durch den Humanismus und die Wiederentdeckung der antiken Ideale.

In dieser Zeit entdeckt die Malerei die Zentralperspektive; in der neuen, auf den Fluchtpunkt geordneten Bildwelt hat der Mensch seinen proportionierten Platz, die Herrscher sind nicht länger größer als die Unterdrückten, sondern jede Bildperson bezieht wirkliche Größe in der Perspektive. Daraus spricht Selbstbewußtsein des Menschen, Vertrauen in seine Individuali-

tät, Vertrauen in die Ordnung des Sehens. Es ist die Zeit, in der die Portraitmalerei ihren Anfang nimmt und die Aktmalerei sich entfaltet. Was der Mensch – sozial oder persönlich – darstellt, drückt die Malerei nicht mehr in übertreibender Größe oder im Schmuck aus, sondern sie vermag es in die Nacktheit zu legen: In der bloßen Schönheit des gemalten Körpers erscheint seine Innerlichkeit und seelische Anmut.

Botticelli hat davon mit seinem berühmten Gemälde „Die Geburt der Venus“ (um 1485) eindrucksvolles Zeugnis gegeben: Zentrale Figur ist die Liebesgöttin Venus, die in einer Muschel stehend von Windgöttern an das Ufer getrieben wird. Sie ist unbekleidet, steinern-schön wie die Statuen der griechischen Kunst und doch voller Bewegung, ausgedrückt im wallenden Haar. Rechts wird sie von einer Göttin der Jahreszeit in Empfang genommen. Die Blumen, die sich über dem Bild verteilen, sind Zeichen des Frühlings: nicht nur als Jahreszeit, sondern auch als Ankündigung der Neuzeit. Die in Venus sich symbolisierende Liebe ist die erotisch-romantische des Individuums, die sich gleichwertig neben die christliche Nächstenliebe setzt. Hier manifestieren sich Körperlichkeit, Leidenschaft, Eifersucht oder Liebeskummer.



Ausschnitte aus Bruegel: „Landschaft mit Sturz des Ikarus“. Links der Schäfer, rechts Ikarus im Meer.

Der humanistische Philosoph Erasmus von Rotterdam schreibt etwa zur selben Zeit eine Abhandlung über das Verfassen von Liebesbriefen, worin er die auch heute noch gebräuchlichen Tricks darstellt, mit denen eine geliebte Person zu gewinnen ist. Bei Botticelli erinnert nicht nur die nackte Schönheit an die Liebe, sondern als Sinnbild auch die Herzmuschel. Diese Liebe ist nicht die Liebe des Landes; es ist die Liebe der reichen Städter, die Zeit zum Schwärmen haben und genügend Geld zudem, die Liebe mit entsprechenden Kostbarkeiten zu verzieren – wozu auch die Auftragsmalerei zählt.

Seit der Renaissance konstituiert sich Kunst wesentlich über die Städte. Für Botticelli war es das finanzkräftige Florenz, speziell die Förderung durch die Medicis. Für Bruegel, selbst wo er als „Bauern-Bruegel“ berühmt wurde, war es die urbane Umgebung Antwerpens. Gerade im städtischen Klima kristallisieren sich um diese Zeit der Humanismus, die Umbrüche der Weltbilder, die Religionskritik und die Sozialutopien. Luther übersetzt die Bibel, Thomas Morus schreibt seine „Utopia“, und Johannes Calvin legt den Grundstein kapitalistischer Arbeitsmoral. Der frühkapitalistische Reichtum zeichnet seine ersten Krisen; für viele

Städte bedeutet das den Untergang, das Ideal des Individuums bröckelt. Die Kunst reagiert darauf mit Einfachheit und Endzeitstimmung.

Wie Bosch malt auch Bruegel manieristische Bilder voll von Dämonen und Ungeheuern; Verstümmelung, Leid und Krieg bestimmen die Bildinhalte – im Augenblick des Todes hat der Mensch seine Individualität wie Schönheit verloren und geht in der Masse der Opfer unter. Kritisiert wird die Kirche ebenso wie die weltlichen Mächte. Die griechische Mythologie wird – im Gegensatz zu Botticelli – ironisch verarbeitet, wie auf dem Bild „Landschaft mit Sturz des Ikarus“ (um 1558) zu sehen ist: Im Vordergrund ist ein pflügender Bauer zu sehen; wie er stehen auch der dahinterstehende Schäfer und der Angler für eine traditionelle, naturverbundene Arbeit. Erst nach einigem Suchen offenbart sich der Titel: Von Ikarus sieht man gerade noch die Beine im Wasser zappeln: Er ist schon abgestürzt, gleich bei einem großen Kriegsschiff.

Mit Ikarus kritisiert Bruegel die Wissenschaftsgläubigkeit des 16. Jahrhunderts. Aber er kritisiert auch die Haltung der Landmenschen: Wie die Tiere (zu sehen sind Pferd, Schafe, Hund und ein paar Vögel) nehmen sie keinen Anteil am Schicksal des Ikarus. Rose-Ma-

Gerade Grosz ist von den surrealistischen Motiven, der bildnerischen Einfachheit, die zur Karikatur neigt, beeinflusst. Wie bei Botticelli und Bruegel ist auch Grosz' Kunst nur denkbar vor dem Hintergrund der Stadt; das Großstadtleben Berlins und später New Yorks ist sogar Zentralthema seiner Bilder. Auch bedient Grosz sich dabei der Mythen, um sie zu entlarven. Immer geht es dabei um die drei Mächte von politischer Ökonomie, Militär und Kirche – die wir übrigens auch in Bruegels Ikarus-Bild finden: das Kriegsschiff als Symbol des Militärs, die lichte Stadt als Zeichen des Handels und die zwischen Bauern und Stadt im Meer gelegene Felseninsel, die in ihrer Kirchenform Allegorie des Glaubens sein könnte, Ruine in der Brandung. Grosz stellt die Mythen vom Kopf auf die Füße, entkleidet sie in ihrer Häßlichkeit, indem er den Schleier vermeintlicher Schönheit wegrißt.

Exemplarisch mag die Zeichnung „Promenade“ (1922) sein: In der Bildmitte steht eine Prostituierte in der exakt gleichen Haltung wie Botticellis Venus. Hier spielt die Göttin der Liebe aber mit ihren Reizen, um sie feilzubieten; sie entblößt schließlich noch ihren Schoß, der bei Botticelli durchs Haar verborgen war. Doch ihr Körper ist geprägt vom Verbrauch. Was bei Botticelli die Hore des Frühlings war, ist bei Grosz rechts im Bild auch eine Prostituierte: *Ihr Frühling ist der nackte Arsch*. Während bei Botticelli die Götter sich noch gegenseitig begünstigten, spiegelt Grosz das kapitalistische Konkurrenzverhältnis der Menschen untereinander wider. Die Windgötter Botticellis, das treibende Liebespaar, das ist bei Grosz ein Mann, der achtlos an den Frauen vorbeizieht.

Mit sehr wenigen Strichen und strengster Einfachheit gelangt Grosz mit seinen Körperdarstellungen zum Wesen der Stadtmenschen, zu ihren besonderen Charakteren. Von Bruegel – so könnte man sagen – übernimmt er die Thematik der Entfremdung, die er durchkreuzt mit dem Motiv des Individuums, was er der Kunst eines Botticelli entlehnt haben mag. Selbst ohne Hintergrund wird die bedrohliche Umgebung der Stadt sichtbar, die Grosz in seinen Ölgemälden oft mit großer Detailgenauigkeit darzustellen weiß.

Politisch sind die Werke Grosz nicht allein ob ihres Inhalts, sondern besonders auch durch die formale Durchgestaltung. In seinem künstlerischen Menschenbild, wie es sich in den Arbeiten niederschlägt, wird selbst in den einfachsten Zeichnungen ein Begriff von Gehalt sichtbar, der sich mit den Arbeiten Botticellis oder Bruegels durchaus messen kann, der ebenso wie die alten Meister etwas über den Zustand der Gesellschaft verrät, den diese nur durch die Kunst uns preisgibt. Spuren, die sich dem menschlichen Körper in der Malerei eingeschrieben haben.

Die Kunstbildbände haben jeweils ca. 100 Seiten und zahlreiche Abbildungen in hoher Qualität. Durch die zum Teil sehr informativen Begleittexte bildet jeder Band zugleich eine gelungene Einführung in die Kunstgeschichte. – (rob)

1 Max Raphael, Marx Picasso, Die Renaissance des Mythos in der bürgerlichen Gesellschaft, Ffm. 1989, S. 72

2 Raphael, a. a. O., S. 28

3 Hagen/Hagen, Bruegel, S. 57